

XIX. JAHRGANG • 1971

DDR-Preis 3 M

# ZfG

## *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*

### AUS DEM INHALT

*Annelies Laschitzka*

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht über das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus. Zur Sozialismusauffassung der deutschen Linken

*Karl Drechsler / Hans Dress / Gerhart Hass*

Europapläne des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg

*Ulrich Roeske*

Brüning und die Volkskonservativen (1930)

*Walter Stark*

Der Utrechter Frieden von 1474 zwischen der Hanse und England

7

VEB DEUTSCHER VERLAG DER WISSENSCHAFTEN

P22  
894

# Zeitschrift für

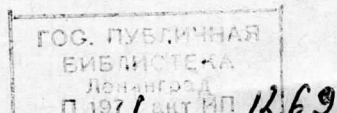
# Geschichtswissenschaft

XIX. JAHRGANG • 1971

HEFT 7



VEB DEUTSCHER VERLAG DER WISSENSCHAFTEN BERLIN





## INHALT

### Artikel

- Annelies Laschitzka*: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht über das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus. Zur Sozialismusauffassung der deutschen Linken . . . . . 861
- Walter Stark*: Der Utrechter Frieden von 1474 zwischen der Hanse und England . . . . . 891

### Miszellen

- Ulrich Roeske*: Brüning und die Volkskonservativen (1930) . . . . . 904

### Dokumentation

- Karl Drechsler* / *Hans Dress* / *Gerhart Hass*: Europapläne des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg . . . . . 916

### Berichte und Bemerkungen

- Kolloquium zum 100. Jahrestag der Pariser Kommune (*Marga Beyer* / *Wolfgang Schröder* / *Walter Wittwer*) . . . . . 932

- Notizen aus dem wissenschaftlichen Leben . . . . . 936

- Personalien . . . . . 937

### Rezensionen

- Studien über die Revolution. Hrsg. Manfred Kossok. Berlin 1969 (*Gerhard Schilfert*) . . . 938
- A. K. Biron / V. V. Dorošenko: Sovetskaja istoriografija Latvii. Riga 1970 (*Erich Donnert*) 940
- Auf dem Wege zur gemeinsamen humanistischen Verantwortung. Eine Sammlung kirchenpolitischer Dokumente 1945 bis 1966 unter Berücksichtigung von Dokumenten aus dem Zeitraum von 1933 bis 1945. Berlin 1967 (*Hubert Mohr*) . . . . . 942
- William Manchester: Krupp. Zwölf Generationen. München 1968 (*Hellmut Kolbe*) . . . 944
- Weltgeschichte in zehn Bänden. Bd. 6 Hrsg. v. d. Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Berlin 1969 (*Helmut Bleiber*) . . . . . 947
- W. I. Lenin o social'noj strukture i političeskom stroe kapitalističeskoj Rossii. Moskva 1970 (*Sigrid Kumpf-Korfes*) . . . . . 950
- Istoriija Italii. Bd. I. Hrsg. S. D. Skazkin / L. A. Kotel'nikova / V. I. Rutenburg. Moskva 1970 (*Harald Neubert*) . . . . . 951

### Annotationen

#### *Allgemeines*

- Helga Granfelt: Alliances and Ententes as Political Weapons . . . . . 954
- I. M. Kulinyč: Ukrain's'ko-nimec'ki storyčni zv'jazki . . . . . 954
- John H. Hodgson: Communism in Finland . . . . . 955
- Emil Dovifat: Handbuch der Publizistik, Bd. 1-3 . . . . . 955
- Wilhelm Abel u. a.: Handwerksgeschichte in neuer Sicht . . . . . 956
- Karl Heinrich Kaufhold: Das Handwerk der Stadt Hildesheim im 18. Jahrhundert . . . 956
- Klaus Aßmann / Gerhard Stavenhagen: Handwerkereinkommen am Vorabend der industriellen Revolution . . . . . 956

|                                                                                                                                         |     |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Gustav Engel: Politische Geschichte Westfalens . . . . .                                                                                | 957 |
| Anatomia Rostochiensis . . . . .                                                                                                        | 958 |
| S. M. Kaštanow: Očerki russkoj diplomatiki . . . . .                                                                                    | 958 |
| <i>Ur- und Frühgeschichte</i>                                                                                                           |     |
| Rudolf Feustel: Menschen, Affenmenschen, Affen . . . . .                                                                                | 960 |
| Kratkie soobščeniya o dokladach i polevych issledovanijach Instituta Archeologii . . . . .                                              | 960 |
| Archeologičeskie otkrytija 1968 g. . . . .                                                                                              | 961 |
| <i>Altertum</i>                                                                                                                         |     |
| Beiträge zur Alten Geschichte und deren Nachleben. Bd. 2. Hrsg. Ruth Stiehl/Hans Erich Stier . . . . .                                  | 962 |
| A. I. Nemirovskij/A. I. Charsekin: Etruski . . . . .                                                                                    | 962 |
| Paul Mikat: Die Bedeutung der Begriffe Stasis und Aponoia für das Verständnis des 1. Clemensbriefes . . . . .                           | 963 |
| <i>Mittelalter</i>                                                                                                                      |     |
| G. Kisch: The Jews in Medieval Germany . . . . .                                                                                        | 963 |
| Werner Coblentz: Die slawische Sumpfschanze von Brohna . . . . .                                                                        | 964 |
| J. Prawer: Histoire du Royaume Latin de Jérusalem . . . . .                                                                             | 964 |
| <i>Neuzeit</i>                                                                                                                          |     |
| Charles Wilson: Die Früchte der Freiheit . . . . .                                                                                      | 965 |
| Claude-Frédéric Lévy: Capitalistes et pouvoir au siècle des lumières . . . . .                                                          | 966 |
| Jacques Roux: Scripta et Acta. Hrsg. Walter Markov . . . . .                                                                            | 967 |
| Heinrich Berghaus: Landbuch der Mark Brandenburg und des Markgrafthums Nieder-Lausitz in der Mitte des 19. Jahrhunderts. 3 Bde. . . . . | 968 |
| Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. IV . . . . .                                               | 968 |
| <i>Neueste Zeit 1917–1945</i>                                                                                                           |     |
| Die Weimarer Republik. Hrsg. Walter Tormin . . . . .                                                                                    | 969 |
| S. N. Borščev: Ot Nevy do El'by . . . . .                                                                                               | 970 |
| Michael Salewski: Die deutsche Seekriegsleitung 1935–1945. Bd. I . . . . .                                                              | 970 |
| Konrad Kwiet: Reichskommissariat Niederlande . . . . .                                                                                  | 971 |
| De vrije kunstenaar 1941–1945. Hrsg. L. P. J. Braat . . . . .                                                                           | 971 |
| <i>Neueste Zeit ab 1945</i>                                                                                                             |     |
| Alfons Klafkowski: Die deutsch-polnische Grenze nach dem zweiten Weltkrieg . . . . .                                                    | 972 |
| Zapadnaja Evropa i SŠA . . . . .                                                                                                        | 973 |
| Robert Lattès: Tausend Milliarden Dollar . . . . .                                                                                      | 974 |

(Redaktionsschluß: 12. April 1971)



## **Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht über das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus**

*Zur Sozialismusauffassung der deutschen Linken*

Zwei Jahre, nachdem Karl Liebknecht Mitglied der deutschen Sozialdemokratie geworden war, gab er 1902 in der „Neuen Zeit“ sein journalistisches Debüt. Mit seinem Aufsatz „Die neue Methode“ wandte er sich gegen die reformistischen „Möchtegern-Realpolitiker“ um Millerand und Jaurès und erklärte als revolutionärer Sozialdemokrat: „Der Partei dienen heißt längst nicht immer: kleine oder mäßige Reformen für die Arbeiterschaft zu erwirken. Es kommt darauf an, wie sie erwirkt werden. Was nützt es der Sozialdemokratie, wenn sie eine ganze Welt aller erdenklichen Reförmchen gewänne und nähme doch Schaden an ihrer Seele, das heißt: würde verwirrt, verkleinlicht, kleinmütig und selbstzufrieden, verlöre ihr Edelstes und Bestes, den Elan ihrer revolutionären Energie, die auch den Boden für Reformen am fruchtbarsten düngt – man vergleiche nur die Ernte der Sozialgesetzgebung bis zum Jahre 1890 und seitdem!“<sup>1</sup> Reform oder Revolution? so lautete schon einige Jahre die Streitfrage zwischen den Revisionisten und den Marxisten. Rosa Luxemburg hatte darauf bereits 1899 eine marxistische Antwort gegeben.<sup>2</sup> Das Interesse an den programmatischen Auffassungen der Arbeiterpartei über die Gestaltung der sozialistischen Zukunft nahm erneut zu. Mitglieder und Anhänger der Sozialdemokratie, nicht weniger aber auch viele ihrer Gegner bewegte an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert die Frage nach dem Verhältnis von sozialistischem Ziel und den unmittelbaren Tagesaufgaben der Partei im Kampf für Demokratie.

Das mächtige Wachstum der sozialdemokratischen Bewegung in die Breite<sup>3</sup> beunruhigte die herrschenden Kreise, und sie ersannen neue Mittel und Methoden zur politisch-ideologischen Beeinflussung, zur Spaltung der Arbeiterbewegung. Die gewaltige Entwicklung der Arbeiterbewegung veranlaßte aber besonders die revolutionären Kräfte in der Parteiführung, sozialdemokratische Redakteure, Agitatoren und Abgeordnete dazu, die Mitglieder der Partei und der unter ihrem Einfluß stehenden Organisationen verstärkt mit den revolutionären Grundsätzen des Parteiprogramms von 1891 vertraut zu machen, für ihr theoretisch und praktisch fundiertes Verständnis zu sorgen, damit die Sozialdemokratie ihren proletarischen Klassencharakter festigte.<sup>4</sup> Vor allem aber machten neue Probleme, die sich aus

1 K. Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, Berlin 1958, S. 26/27.

2 Vgl. R. Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. I/1, Berlin 1970, S. 367 ff.

3 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1966, Bd. 2, S. 19.

4 Vgl. R. Luxemburg, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. II, Berlin 1955, S. 404.

den sozialökonomischen Veränderungen in der Struktur der Gesellschaft und aus der Verschärfung des Klassenkampfes mit Beginn des Imperialismus ergaben, notwendig, die Grundanschauungen der deutschen Sozialdemokratie über den revolutionären Weg und das sozialistische Ziel der Arbeiterklasse im Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu verteidigen. Nicht zuletzt forderten die immer massiveren theoretischen Angriffe der Revisionisten auf den Marxismus die revolutionären Kräfte der Sozialdemokratie heraus, die programmatische und taktische Orientierung der Partei auf der Basis der marxistischen Prinzipien des Erfurter Programms klarzustellen und sie auf die unmittelbare Auseinandersetzung mit dem Klassengegner anzuwenden.

Noch heute bestreiten bürgerliche Historiker, daß die Ideologie der deutschen Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende als revolutionär, als marxistisch einzuschätzen ist und daß zu jener Zeit die sozialistische Zielvorstellung in der Theorie und in der Praxis der Partei den ihr gebührenden Platz eingenommen hatte, um die antikommunistische Politik der sozialdemokratischen Führer in der Gegenwart historisch zu legitimieren.<sup>5</sup> Zweifellos trafen am Anfang der neuen Epoche in der Arbeiterbewegung viele schwierige Probleme aufeinander, Fragen der Tiefe und Allseitigkeit der Rezeption des Marxismus, Fragen der Verschiebungen im strukturellen Gefüge der Partei, Fragen des Verhältnisses zwischen Partei und Klasse und der Beziehungen der Arbeiterklasse zu anderen Klassen und Schichten, die die Analyse ideologischer Standorte erschweren. Doch gemessen an der Kernfrage des Marxismus – der Lehre von der Notwendigkeit der proletarischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats, um den Kapitalismus zu entmachten und den Sozialismus zum Siege zu führen – besaß die deutsche Sozialdemokratie im Erfurter Parteiprogramm von 1891 eine klare, marxistische Vorstellung vom Ziel des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse.<sup>6</sup> Das Ziel der deutschen Sozialdemokratie war die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, so wie es in seinen Grundzügen von Karl Marx und Friedrich Engels im „Kommunistischen Manifest“ wissenschaftlich begründet worden war und sich aus den objektiven Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ergab.<sup>7</sup>

5 Vgl. E. Matthias, Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg, in: *Marxismus-Studium*, Zweite Folge. Hrsg. I. Fetscher, Tübingen, 1957, S. 151–197; S. Miller, Das Problem der Freiheit im Sozialismus, Frankfurt a. M. 1964; H.-Ch. Schröder, Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der „Weltpolitik“ vor 1914, Hannover 1968; H.-J. Steinberg, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem I. Weltkrieg, Hannover 1967; vgl. auch G. Haupt, Programm und Wirklichkeit. Die internationale Sozialdemokratie vor 1914, mit e. Vorw. v. E. Labrousse, Neuwied und (West-)Berlin 1970, S. 129 f.

6 Vgl. H. Bartel, Nachbemerkung zu Karl Kautsky. Das Erfurter Programm, Berlin 1965; ders., Der interne Juni-Entwurf zum Erfurter Programm, in: *International Review of Social History*, Amsterdam 1967, Bd. XII, T. 2, S. 292 ff.; vgl. auch *Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung*, Studien zur sozialistischen Bewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, Berlin 1970.

7 Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Berlin 1967, S. 83 f.

Die Marxisten unternahmen große Anstrengungen, dieses Ziel in Wort und Schrift zu erklären, um die Arbeiterklasse mit dem wissenschaftlichen Sozialismus zu vereinen. August Bebels Streitschrift von 1870 „Unsere Ziele“ erlebte von 1903 bis 1913 vier Auflagen und trug dazu bei, Zehntausende von deutschen Arbeitern im Geist des revolutionären Klassenkampfes für den Sozialismus zu erziehen.<sup>8</sup> Über alle Änderung der Auffassungen im einzelnen hinaus, so schrieb Bebel zur 10. Auflage seiner Schrift, „bleibt die Anschauung von der Notwendigkeit einer Umgestaltung der Gesellschaft von Grund aus, im Sinne der Aufhebung der Klassegegensätze und der Gründung einer Gesellschaftsordnung auf dem Boden der Gleichberechtigung aller, nicht nur bestehen, sie befestigt sich mit jedem Tage mehr“<sup>9</sup>.

Die meisten Sozialdemokraten kannten auch Karl Kautskys und Bruno Schoenlanks Erläuterungen zum Erfurter Programm „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie“, die 1891 erschienen waren und viele Auflagen erlebten. Der Sozialismus wurde darin in einem besonderen Abschnitt beschrieben und als eine auf gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln beruhende Produktionsweise dargestellt, die sich notwendig aus der ökonomischen Entwicklung ergibt, die jedoch nicht spontan entsteht sondern bewußt gestaltet werden muß, nachdem sich die Arbeiterklasse die politische Macht erobert hat.<sup>10</sup> Dies aber kann sie nur auf revolutionärem Wege erringen, betonten die Marxisten immer wieder, da sie an die Stelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine von Grund auf anders gestaltete zu setzen hat, die mit der bürgerlichen unvereinbar ist.<sup>11</sup> Bürgerliche und rechtssozialdemokratische Historiker, die diese marxistische Grundanschauung über die gesetzmäßige Entwicklung der menschlichen Gesellschaft zum Sozialismus nicht in den Mittelpunkt ihrer Analysen stellen, entwerten die revolutionären Positionen der deutschen Sozialdemokratie der Jahrhundertwende als scheinrevolutionär, vulgärmarxistisch, als vermeintliche Wissenschaftlichkeit.<sup>12</sup> Solche Darstellungen identifizieren sich faktisch mit der Auffassung der damaligen Revisionisten über den reformistischen Charakter der deutschen Sozialdemokratie und laufen darauf hinaus, die Funktion der proletarischen Arbeiterpartei, die für die erfolgreiche Führung der antiimperialistischen Massenkämpfe wachsende Bedeutung erhielt, zu diskreditieren. Ein Sieg des Sozialismus ist jedoch ohne eine revolutionäre Kampfpartei der Arbeiterklasse nicht möglich, weshalb die revolutionären Kräfte in der deutschen Sozialdemokratie entschieden gegen die Opportunisten kämpften und die wissenschaftliche Auffassung vom Sozialismus verteidigten.

Nach den antirevisionistischen Entscheidungen der Parteitage von Stuttgart, Hannover, Mainz und Lübeck und angesichts der sozialdemokratischen Aktionen gegen die

8 A. Bebel, *Unsere Ziele*. Eine Streitschrift gegen die „Demokratische Correspondenz“, originalgetreue Reproduktion mit einem Nachwort v. R. Dlubek und U. Herrmann, Berlin 1969.

9 Ebenda, zitiert im Nachwort, S. 36 f.

10 Vgl. K. Kautsky / B. Schoenlank, *Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie*, Erläuterungen zum Erfurter Programm, Berlin 1891, S. 23 ff.

11 Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Hannover vom 9. bis 17. Oktober 1899, Berlin 1899, S. 122.

12 Vgl. z. B. Steinberg, S. 64, 67 f., 72, 74.



imperialistische Innen- und Außenpolitik – gegen die Zuchthausvorlage, die Aggression in China, den Zolltarif und die expansiven Flottenrüstungen – stellte Rosa Luxemburg 1901 fest: „Heute ist die Lehre Marx' zur herrschenden, bestimmenden für die große Masse des kämpfenden Proletariats geworden, und indem der sozialistische Opportunismus sie außer acht läßt oder umgeht, sucht er unbewußt die historisch bereits vollzogene Vereinigung der ‚Wissenschaft und der Arbeiter‘, der Theorie und der Praxis, rückgängig zu machen und die Arbeiterbewegung wieder ohne den sicheren theoretischen Kompaß auf das Meer praktischer Experimente zu stoßen.“<sup>13</sup> Diese Absicht verfolgt auch der heutige Sozialdemokratismus, dessen theoretische Wurzeln nicht zuletzt im Revisionismus der Jahrhundertwende zu suchen sind.

Es soll nicht übersehen werden, daß es innerhalb der deutschen Sozialdemokratie durchaus Schwächen in der Rezeption des Marxismus als umfassender Weltanschauung gab und daß manche philosophische, ökonomische oder staatsrechtliche Grundkenntnis von Marx und Engels gar nicht, unvollständig oder entstellt in die sozialdemokratischen Anschauungen Eingang fand. Entscheidend aber war und bleibt für den proletarischen Klassencharakter der Ideologie einer Arbeiterpartei, ob sie in der Zerstörung des kapitalistischen Herrschaftssystems und der Entwicklung einer neuen, der sozialistischen Gesellschaftsformation die historische Mission der Arbeiterklasse sieht. Das aber war in der deutschen Sozialdemokratie der Jahrhundertwende der Fall. So brachte Karl Liebknecht den Standpunkt der im revolutionären Geist August Bebels und Wilhelm Liebknechts gegen den Kapitalismus kämpfenden Mehrheit der Mitglieder der Partei zum Ausdruck, wenn er schrieb: „Mögen die Gegner zu uns kommen, mögen sie ihre Konzessionen machen – wir weisen sie nicht von der Hand, aber kein Einlullenlassen durch Friedensschalmeien, kein Eiapoepia von der gütigen allmächtigen Göttin Demokratie, keine Abrüstung. Nur unsere ‚kriegerische‘ Tüchtigkeit macht uns im sozialen Leben bündnisfähig, vermag uns den Ruprechtsack der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reformen zu öffnen, könnte, wenn überhaupt möglich, zur Abwendung von Katastrophen führen.“<sup>14</sup>

Die Revisionisten hingegen verneinten, daß es von grundsätzlicher Bedeutung war, den konkreten Kampf der Sozialdemokratie aus den sozialistischen Zielvorstellungen abzuleiten, sprengten die Einheit von Bewegung und Ziel, suchten die Einheit von marxistischer Theorie und revolutionärer Praxis zu zerstören. Eduard Bernstein glaubte Ende der neunziger Jahre anhand statistischen Materials über den Gang der ökonomischen Entwicklung nachweisen zu können, daß die Anschauungen, die die Sozialdemokratie in ihrem Programm über den Entwicklungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft bis zu deren Untergang aussprach, viel zu optimistisch wären. Er behauptete, daß dieser Prozeß viel langsamer vor sich gehe, so daß die Aussichten für die Verwirklichung des Sozialismus, wenn sie nur auf dieser fälschlich ange-

nommenen Entwicklung beruhten, in unendliche Ferne rückten. „Ich gestehe es offen“, schrieb er, „ich habe für das, was man gemeinhin unter ‚Endziel des Sozialismus‘ versteht, außerordentlich wenig Sinn und Interesse. Dieses Ziel, was immer es sei, ist mir gar nichts, die Bewegung alles.“<sup>15</sup>

Bernsteins Auffassung begründete theoretisch die Praxis der opportunistischen Strömung in der deutschen Sozialdemokratie, die die Augenblicksinteressen und Reformvorschläge um momentaner Erfolge willen zum A und O des Wirkens der Sozialdemokratie erklärte, die den zweiten Teil des Erfurter Parteiprogramms mit den nächsten demokratischen Forderungen vom grundsätzlichen Teil und damit vom sozialistischen Ziel trennte und die Partei auf diese Weise in eine bürgerliche Reformpartei verwandeln wollte. „Die Abschätzung des Klassencharakters des Staates nach einzelnen Etatsposten anstatt nach dem Gesamtcharakter seiner Tätigkeit“, verallgemeinerte Rosa Luxemburg die „neue“ opportunistische Methode, als sie sich mit den badischen Budgetbewilligern auseinandersetzte, „die Anpassung der sozialdemokratischen Handlungsweise an Begriffe und Wünsche von Bevölkerungskreisen, welche von den Endzielen der Sozialdemokratie nichts wissen und nichts wissen wollen, endlich die Lostrennung der Parlamentspolitik von der allgemeinen sozialen Lage des Proletariats und der Politik der deutschen Einzelstaaten von der allgemeinen politischen Lage im Reiche – das sind Merkmale davon, daß man sich in gewissen Kreisen der Partei bereits glücklich bis zu einem Punkte durchgemausert hat, wo die sozialdemokratische Denkweise zu verschwinden beginnt.“<sup>16</sup>

Indem die Revisionisten und Reformisten gerade den grundsätzlichen Teil des Programms, der die Klassenposition der Sozialdemokratie wissenschaftlich bestimmte, als überholt anfochten oder als unpraktikabel beiseitelegten, verabsolutierten sie die Tagesforderungen zum einzig realen Programm. Für die Revisionisten aller Schattierungen wurde charakteristisch, daß sie das sozialistische Ziel der Arbeiterklasse in Frage stellten bzw. offen aufgaben und damit den Hauptinhalt des proletarischen Befreiungskampfes. Mit der Aufgabe des Ziels beraubten sie die proletarische Bewegung des revolutionären Inhalts und ordneten sie politisch-ideologisch der bürgerlichen Gesellschaft unter. Höhnisch über das Ausbleiben des sog. Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems spottend, bekannte später, 1913, Ludwig Quessel in den „Sozialistischen Monatsheften“: „Es ist die praktische Gegenwartsarbeit, die uns die Tore der sozialistischen Zukunft öffnet. Ihre Aufgaben stehen aber schon heute völlig fest. Wirkliche demokratische und sozialistische Erfolge sind nur zu erzielen, wenn die Sozialdemokratie zur integrierenden Partei im Staat wird.“<sup>17</sup> Daher mußten Sozialismus und Liberalismus kooperiert werden. Es erwies sich, wie recht Lenin hatte, als er schrieb: „Das Bernsteinianertum leistete gute Dienste, nicht dadurch, daß es den Sozialismus umgestaltet hätte, sondern dadurch, daß es der neuen Phase des bür-

<sup>13</sup> Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. I/2, S. 157.

<sup>14</sup> Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, S. 25 f.

<sup>15</sup> E. Bernstein, Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft, in: Die Neue Zeit, 1897/1898, Erster Band, S. 556.

<sup>16</sup> Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. I/2, S. 127 f.

<sup>17</sup> L. Quessel, Nach 10 Jahren, in: Sozialistische Monatshefte, 1913, Bd. 3, S. 1073.



berlichen Liberalismus das Gepräge gab und einige Quasi-Sozialisten das sozialistische Gepräge nahm.“<sup>18</sup>

Um Revisionisten wie Bernstein und Quessel, David, Heine, Schippel, Vollmar, Kolb und die ganze „süddeutsche Fronde“ ideologisch entwaffnen zu können, waren die Marxisten gezwungen, ihre auf Marx und Engels fußende Sozialismusauffassung zu verteidigen und zu beweisen, daß nur, wer eine prinzipielle Haltung auf der programmatischen Grundlage von Erfurt 1891 bewahrte, zugleich am besten die unmittelbaren Interessen verfocht. Die Arbeiten Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts, Franz Mehrings und Clara Zetkins bezeugen ebenso wie ihre persönlichen Äußerungen im Briefverkehr wie ihr gesamtes Verhalten im Klassenkampf, daß sie sich dieser Aufgabe voll bewußt waren und sie hervorragend meisterten. Immer wieder wurden sie darauf gestoßen, daß, wie Franz Mehring gegen die opportunistischen Fehlschlüsse aus den Wahlergebnissen 1907 schrieb, „die Sozialdemokratie neben der mit allem Eifer zu betreibenden Gegenwartsarbeit auf die Hervorhebung des sozialistischen Zukunftsideals mehr als bisher bedacht sein müsse... Wir müssen auf die Urquelle unserer Kraft zurückgehen, auf unsere großen, klaren, weltumwälzenden Prinzipien; wir müssen unser revolutionäres Banner offener denn je entfalten.“<sup>19</sup>

Die Auseinandersetzungen der Linken mit dem Revisionismus konzentrierten sich auf die durch die imperialistische Entwicklung konkret gestellten und auf die von den Revisionisten in die Debatte geworfenen taktischen Fragen und schlossen die Verteidigung der Sozialismusauffassung ein, ohne sie jedesmal oder gar immer ausführlich zu unterbreiten. Ihre revolutionären Fragestellungen, ihre Lesart der Werke von Marx und Engels, ihre Erklärungen für neue Erscheinungen, ihr Reagieren auf revolutionäre Erfahrungen in der internationalen Arbeiterbewegung zeigten, wie unerschütterlich ihr marxistisches Wissen um die Grundzüge der Gestaltung der Zukunft der menschlichen Gesellschaft war und wie sehr sie bestrebt waren, was Karl Liebknecht später ausdrücklich vermerkte, das politische Verhalten in der Propaganda, in der Organisation und in den Aktionen stets so einzurichten, daß es die Gesamtbewegung zum Endziel so wirksam wie möglich förderte.<sup>20</sup>

Ein historisches Verdienst der deutschen Linken bestand darin, daß sie beim Aufkommen des Revisionismus sofort erkannten, daß der Kernpunkt des Gegensatzes zwischen Marxismus und Revisionismus in der gegensätzlichen Stellung zum sozialistischen Ziel und dessen Verhältnis zum praktischen Kampf zu finden war.<sup>21</sup> „Da wir mit der Entwicklung der Gesellschaft fortschreiten müssen“, schrieb Rosa Luxemburg 1899 und bewies in der Folgezeit ihre dialektische Auffassungsweise von der angegebenen Problematik, „so ist ein beständiger Umwandlungsprozeß auch in unserer Kampfweise die Vorbedingung unseres Wachstums, dieser ist aber nicht

18 W. I. Lenin, Werke, Berlin 1956 ff., Bd. 7, S. 95.

19 F. Mehring, Gesammelte Schriften, Bd. 15, Berlin 1966, S. 231, 243.

20 Vgl. Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Berlin 1968, S. 365.

21 Vgl. Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. I/1, S. 523–526.

anders als durch die unaufhörliche Kritik unseres theoretischen Besitzstandes zu erreichen... Alle Kritik, die unseren Klassenkampf zur Verwirklichung des Endzieles kräftiger, klarer, zielsicherer macht, verdient den größten Dank. Eine Kritik aber, die dahin strebt, uns *zurückzuentwickeln*, uns überhaupt zum Verlassen des Klassenkampfes und zum Aufgeben des Endzieles zu bringen, *diese Kritik* ist nicht mehr ein Faktor des Fortschritts und der Entwicklung, sondern des Verfalls und der Zersetzung.“<sup>22</sup> Mit dieser Auffassung über das dialektische Verhältnis von Parteilichkeit und Schöpfung im Marxismus, das Stagnation, Doktrinarismus und Revisionismus ausschloß und der Tatsache Rechnung trug, daß der Sozialismus „natürlich nicht im Sinne fertiger Dogmen usw. aufgefaßt werden soll“<sup>23</sup>, befand sich Rosa Luxemburg in Übereinstimmung mit W. I. Lenin und anderen hervorragenden Marxisten in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung.

\*

Die vom Imperialismus sozialökonomisch genährte opportunistische Gegenströmung in der deutschen Sozialdemokratie, die unter dem Deckmantel der „Freiheit der Kritik“ gegen die sog. Orthodoxie anging, vergrößerte die Verantwortung der Partei für die zielklare Orientierung der Arbeiterklasse um ein Vielfaches und führte sie um die Jahrhundertwende an einen Scheideweg. Die revolutionären Kräfte standen vor der Aufgabe, die mit dem Erfurter Parteiprogramm von 1891 errungene marxistische Position zu den Grundfragen des proletarischen Klassenkampfes zu verteidigen, die Verbindung der Arbeiterklasse mit dem wissenschaftlichen Sozialismus zu festigen, auf die neuen strategisch-taktischen Fragen in der Klassenauseinandersetzung zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu antworten und beizutragen, den Marxismus auf Bedingungen der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen anzuwenden und schöpferisch weiterzuentwickeln. Das schloß die Weiterentwicklung und Konkretisierung der marxistischen Sozialismusauffassung als ein ebenso objektives Erfordernis der neuen Epoche ein.

Der für den Imperialismus charakteristische Monopolisierungsprozeß, der sich so wie in der Ökonomie auch in den übrigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens vollzog, verschärfte die dem Kapitalismus eigenen Widersprüche. Aus der Zuspitzung aller Gegensätze der kapitalistischen Produktionsweise ergaben sich die für den Imperialismus typischen Tendenzen zur Reaktion, zur Aggression, zu nationaler und kolonialer Sklaverei und zur Unmenschlichkeit, in denen der parasitäre, verfaulende und sterbende Charakter des Imperialismus zum Ausdruck kam. Durch diese Potenzierung der Folgen der kapitalistischen Gegensätze im Imperialismus wurde auch die marxistische Sozialismusvorstellung, wie sie sich unter den Verhältnissen des vormonopolistischen Kapitalismus herausgebildet hatte, in der Praxis des verstärkten Klassenkampfes auf die Probe gestellt. Es entstand die Frage, ob sie genügend konkret war, um die revolutionäre Arbeiterbewegung in Auseinandersetzung mit

22 Ebenda, S. 527.

23 Lenin, Werke, Bd. 7, S. 96.

den neuen Entwicklungstendenzen der Imperialismusepoche zum Ziele zu führen, um ihr eine detaillierte Perspektive zu weisen. Fragen, wie die nach dem Verhältnis von Sozialismus und Frieden, Sozialismus und Demokratie, Sozialismus und nationaler Selbstbestimmung, Sozialismus und Entwicklung der Persönlichkeit, der Produktivkräfte, der Wissenschaft, der Technik, der Bildung, vor allem auch die Frage nach dem Verhältnis von Sozialismus und nichtproletarischen Schichten und Klassen, ergaben sich objektiv aus den imperialistischen Entwicklungstendenzen und drängten auf Antwort.

Die zunehmende Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus in den einzelnen Ländern bewirkte die Herausbildung von Besonderheiten des Imperialismus in jedem einzelnen Land, die berücksichtigt werden mußten, sollten von den marxistischen Kräften eigenständig Impulse und Beiträge zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Lehre vom Sozialismus/Kommunismus geliefert werden.

Die Angriffe der Revisionisten knüpften oftmals an die objektive Tatsache an, daß die von Marx und Engels vorausgesagte proletarische Revolution in Westeuropa zwar historisch gesehen, aber noch immer nicht unmittelbar auf der Tagesordnung stand, wie sich überhaupt die kapitalistischen Krisenzyklen im Imperialismus zu verändern und zu verschieben begannen. Tatsächlich bestand eine der Besonderheiten der Entwicklung Deutschlands am Beginn der imperialistischen Epoche darin, daß hier wie in ganz Westeuropa die relativ friedliche Entwicklung des Kapitalismus bis 1914 anhielt. Dies schien die Revisionisten in ihrer antirevolutionären Position zu bestätigen und erschwerte den marxistischen Kräften, die Einheit von Allgemeinem und Besonderem im Erfassen der historischen Gesetzmäßigkeiten und der sich aus ihnen für die konkreten Bedingungen ergebenden Schlußfolgerungen über die Strategie und Taktik zu erkennen und zu wahren. Die Konsequenzen, die sich daraus für eine differenzierte Behandlung der Entwicklung der Sozialismusauffassung durch die Linken ergaben, betreffen vor allem die historische Berechtigung sowie die Grenzen für die Beibehaltung der im vormonopolistischen Stadium des Kapitalismus von der deutschen Sozialdemokratie vertretenen Grundanschauungen sowie der von ihr erprobten Kampfmittel und -formen. Hieraus erklärt sich u. a., warum sich die Einsicht in die Notwendigkeit des strategisch-taktischen Vorwärtsschreitens, d. h. beim bloßen Verteidigen nicht stehenzubleiben, sich bei den fortgeschrittensten Vertretern des Marxismus zunächst auch vorwiegend auf die Taktik erstreckte. Solange die Revolution nicht unmittelbar auf der Tagesordnung stand, konzentrierten sie sich bewußt darauf, die Arbeiterklasse im antiimperialistischen Kampf auf sie vorzubereiten.

Über das strategische Endziel, den Sozialismus, wog man sich außerdem unter den Marxisten allgemein in der Vorstellung einheitlicher Auffassungen. Doch diese Zufriedenheit konnte leicht zur Illusion werden, war man sich nicht, wie die Linken, bewußt, daß ein ausschließliches, praktizistisches Beschäftigen mit taktischen Fragen die Zielvorstellungen in den Hintergrund schieben mußte. Die Bewußtheit der Arbeiterklasse über die Richtung des Klassenkampfes in jeder seiner Phase konnte

nur gefestigt, der konkrete Weg zur Macht der Arbeiterklasse nur gefunden werden, wenn das sozialistische Endziel gegenwärtig blieb und zu den sich verändernden Bedingungen des Klassenkampfes in Bezug gesetzt wurde.

Sowohl die Geschichte der II. Internationale und die Ursachen ihres Zusammenbruchs als auch die Erfahrungen der revolutionären Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung bestätigten, daß die Wahrung und die ständige Festigung des proletarischen Internationalismus die wichtigste Voraussetzung für die erfolgreiche Lösung jeder neuen Aufgabe ist. Karl Liebknecht schrieb dazu später unter dem Eindruck der Oktoberrevolution 1917: „Internationaler Klassenkampf gegen den imperialistischen Krieg – das bedeutet kein plumpes, starres, in jedem Land isoliert für sich und in stiermäßigem Drauflosrennen zu befolgendes Schema, sondern einen lebendigen organischen Prozeß, einen einheitlich zusammenhängenden Prozeß in der ganzen Welt des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit. Über diese ganze Welt erstreckt sich unsere Beobachtung und Beurteilung jenes Prozesses und seiner Entwicklung. In der Gesamtheit aller Länder und in jedem einzelnen Lande richten wir unser Verhalten nach dieser internationalen Beurteilung ein, um den höchstmöglichen Gesamteffekt, die Stärkung der revolutionären Macht des Proletariats – als einer Einheit – zu erzielen.“<sup>24</sup>

Von Rosa Luxemburg kam 1918 die Erkenntnis hinzu, daß die Lenin-Partei die einzige Partei in Rußland war, die wirklich sozialistische Politik betrieb, die das Gebot und die Pflicht einer wirklich revolutionären Partei begriff und in der die ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit vertreten war, die der Sozialdemokratie im Westen gebrach.<sup>25</sup> Auf dem Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund) wurde dann ausgesprochen, daß das ABC der proletarischen Revolution bei den Russen zu holen ist.<sup>26</sup>

Schon in den ersten Jahren der imperialistischen Epoche zeichnete sich in der internationalen Arbeiterbewegung deutlich ab, daß die marxistische Antwort auf die neuen Fragen des proletarischen Befreiungskampfes nur finden konnte, wer einen unerschütterlichen proletarischen Klassenstandpunkt besaß, wer die Verteidigung des Marxismus mit der Weiterentwicklung von dessen Hauptlehren verknüpfte, wer im praktischen Klassenkampf um allernächste Forderungen das sozialistische Endziel im Auge behielt und wer die internationalen Erfahrungen gebührend auszuwerten verstand. Lenins Werke bewiesen das in hervorragender Weise.<sup>27</sup> In ihnen begründete er so entscheidende Theorien wie die vom Imperialismus, vom Wesen der Partei neuen Typus, vom Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft und anderen Schichten des Volkes, von der nationalen und kolonialen Frage, von der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats sowie vom Aufbau der

<sup>24</sup> Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, S. 365.

<sup>25</sup> Vgl. R. Luxemburg, Die russische Revolution, in: Institut für Marxismus-Leninismus (IML) Berlin, Zentrales Parteiarchiv (ZPA) NL 2/15.

<sup>26</sup> Vgl. R. Luxemburg, Politische Schriften. Hrsg. G. Radczun, Leipzig (1969), S. 394.

<sup>27</sup> Vgl. u. a. V. I. Lenin i internacionalnoje rabočije dvizenije, Moskva 1969; A. Reisberg, Lenins Beziehungen zur deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1970.



sozialistischen Gesellschaft und ihrem Übergang zum Kommunismus. „Im Leninismus, der die Praxis der gesamten Arbeiterbewegung nach Marx und Engels verallgemeinerte, der neue Formen der proletarischen Kampfes und der Organisation ausarbeitete, erwarb die internationale Arbeiterklasse eine mächtige theoretische Waffe, eine allseitig entwickelte Ideologie, ein Programm revolutionärer Aktionen.“<sup>28</sup> Es begann eine neue, die Leninsche Etappe in der Entwicklung des Marxismus und der internationalen Arbeiterbewegung.

Eine Widerspiegelung fand diese Entwicklungstendenz u. a. darin, daß sich auch in der deutschen Arbeiterbewegung die revolutionären Kräfte in ihren Ansichten über das politisch-ideologische Herangehen an die neuen Fragen ihrer Zeit zu differenzieren begannen. So wiesen Karl Kautsky und Rosa Luxemburg Ende 1904 darauf hin, wie dringlich die schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus war. Karl Kautsky schrieb am 3. November 1904 an Rappoport: „Sie haben recht, durch Apologetik und Wiederholungen wird nichts geschaffen. Einer der größten Schäden, den uns der Revisionismus gebracht hat, ist die Tatsache, daß er uns in den letzten Jahren zu Apologetik und zu Wiederholungen zwang und daß er uns damit die Zeit nahm, die für eine positive und kritische Weiterentwicklung des Marxismus notwendig gewesen wäre.“<sup>29</sup> Konstatierte Karl Kautsky dies jedoch mehr resignierend, formulierte Rosa Luxemburg am 17. Dezember 1904 schon vorwärtsweisend: „Das einzige Mittel, gegen den Opportunismus radikal zu kämpfen, ist, selbst vorwärts zu gehen, die Taktik zu entwickeln, die revolutionäre Seite der Bewegung zu steigern.“<sup>30</sup>

Ähnliche Gedanken mochten Clara Zetkin beschäftigt haben, als sie am 19. März 1904 an Karl Kautsky schrieb: „Ich glaube, daß es ganz gut ist, die durch den Krieg u. die Vorgänge in Rußland geschaffene Situation auszunutzen, um dem politischen Quietismus der David u. Co. auf den Leib zu rücken u. zwar in öffentlichen Versammlungen, Wahlvereinen etc. Man mobilisiert dadurch die Meinung für einsetzende tiefere theoretische Diskussionen, so daß diese einen Resonanzboden und Verständnis finden.“<sup>31</sup> Karl Liebknecht handelte in diesem vorwärtsdrängenden Sinne, wenn er auf dem Bremer Parteitag entsprechend Rosa Luxemburgs Forderung, auf dem Pariser Sozialistenkongreß 1900, neue, weitergehende Methoden des antimilitaristischen Kampfes und der Einbeziehung der Arbeiterjugend in den Klassenkampf durch die Gründung eigener Organisation verlangte.<sup>32</sup> Ebenso wie Rosa Luxemburg und Clara Zetkin warnte er vor der „Gefahr des Verrostens in bezug auf die Kampfesmittel“.<sup>33</sup>

<sup>28</sup> Zum 100. Geburtstag W. I. Lenins. Thesen des Zentralkomitees der KPdSU, Berlin 1970, S. 7.

<sup>29</sup> K. Kautsky an Rappoport, 3. 11. 1904, Internationales Institut für Sozialgeschichte (IISG) Amsterdam, Rappoport-Nachlaß.

<sup>30</sup> H. Roland Holst-van der Schalk, Rosa Luxemburg. Ihr Leben und Wirken, Zürich 1937, S. 216.

<sup>31</sup> C. Zetkin an K. Kautsky, 19. 3. 1904, IISG, Amsterdam, Kautsky-Nachlaß, D. XXIII, 362.

<sup>32</sup> Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, S. 80 ff.

<sup>33</sup> Ebenda, S. 88.

Als Franz Mehring 1903/04 die zweite Auflage seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ herausgab, verriet der hinzugefügte Schlußteil, wie sehr auch er darum bemüht war, den Problemen des Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus neue Akzente zu verleihen und die Partei in ihren Folgerungen vorwärtszubringen. „Die revolutionäre Arbeiterbewegung ist zum ruhenden Pol in der wilden Flucht der Erscheinungen geworden, die der weltgeschichtliche Untergang der kapitalistischen Produktionsweise erzeugt“, schrieb Mehring, nachdem er sich ausführlich zur sozialen und nationalen Mission der Arbeiterklasse nach Anbruch des Zeitalters der Weltpolitik geäußert hatte. „Die Axt in der einen und die Kelle in der anderen Hand, zertrümmert sie nicht nur die kapitalistische, sondern baut auch die sozialistische Gesellschaft auf.“<sup>34</sup>

In dieser oder jener Form besaßen die theoretisch führenden marxistischen Kräfte Ansatzpunkte, über die ihnen der Schritt zur Vereinigung von Verteidigung, Propagierung und Weiterentwicklung des Marxismus möglich wurde, der sie befähigte, gründlicher in die Tiefe der Erkenntnisse des Marxismus einzudringen, und sie vor doktrinäer Erstarung bewahrte. Ihre Anregungen erhielten sie vor allem aus der engen Verbindung mit den sozialen und politischen Massenbewegungen der Arbeiterklasse ihrer Zeit. Sie fanden ihren revolutionären Lösungsweg in Theorie und Praxis, weil sie, wie Rosa Luxemburg bereits 1898 hervorgehoben hatte, als eine Grundfrage der sozialistischen Bewegung betrachteten, wie die praktische unmittelbare Tätigkeit in Einklang mit den Endzielen zu bringen sei. Ganz kurz und allgemein ausgedrückt bestehe die marxistische Lösung „in der Gestaltung des praktischen Kampfes gemäß den allgemeinen Grundsätzen des Programms“.<sup>35</sup> Die revolutionären Kräfte in der deutschen Sozialdemokratie und besonders die deutschen Linken handelten und dachten dementsprechend, so, wie es auch Karl Liebknecht 1913 noch einmal zusammenfaßte: „Im proletarischen Klassenkampf muß jede Frage der Tagespolitik sub specie aeternitatis, im Hinblick auf das Gesamtprogramm, als Teil des Ganzen betrachtet und behandelt werden. Jede große Frage der Tagespolitik entrollt im Grunde die Gesamtpolitik des Klassenkampfes und zwingt uns an dieser zu orientieren; jede wichtige Einzelforderung des Programms enthält in nuce das ganze Klassenkampfprogramm. Wird der Einzelkampf und der Tageskampf in diesem Geist geführt, so verwirrt er nicht, sondern klärt auf durch lebendigsten Anschauungsunterricht.“<sup>36</sup>

Die opportunistischen und anarchistischen Strömungen und Richtungen erwiesen sich dagegen als unfähig, wie Rosa Luxemburg hervorhob, einerseits das sozialistische Endziel auch in praktische Lösungen der Gegenwartspolitik umzusetzen und andererseits der Gegenwartspolitik unverkennbar das Gepräge des sozialistischen Endziels zu wahren.<sup>37</sup> Von beiden Abweichungen vom Marxismus mußte sich die Partei ab-

<sup>34</sup> F. Mehring, Gesammelte Schriften, Bd. 2, Berlin 1960, S. 692.

<sup>35</sup> Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. I/1, S. 229.

<sup>36</sup> Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VI, Berlin 1964, S. 410 f.

<sup>37</sup> Vgl. Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. I/1, S. 656.



grenzen, wollte sie den neuen Anforderungen der imperialistischen Epoche entsprechen. Die marxistische Sozialismusauffassung der Revolutionäre in der deutschen Arbeiterbewegung stellte, bei aller Unverrückbarkeit der Forderung nach Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und nach der Errichtung der Macht der Arbeiterklasse, kein starres Schema dar, sondern wurde durch die praktischen Erfahrungen im Klassenkampf und neue Erkenntnisse auf dem Weg zum Ziel ständig bereichert und präzisiert. „Sozialismus ist nicht weltabgewandtes Abderitentum“, schrieb Karl Liebknecht am 21. März 1914, „sondern lebendigste Praxis, die Summe aller in der sozialen und politischen Praxis vorhandenen Möglichkeiten zur Förderung des Wohls der gesamten Menschheit.“<sup>38</sup> Das sei es ja gerade, was den wissenschaftlichen vom utopischen Sozialismus unterscheide, erklärte er etwas später, „daß wir unsere Auffassung über die Entwicklungsrichtung der heutigen Gesellschaftsordnung ableiten aus der Kritik der heutigen Gesellschaftsordnung und daß die Entwicklungslinien, die wir so wissenschaftlich ableiten, eben in der Richtung der Sozialisierung unserer Gesellschaftsordnung gehen“.<sup>39</sup>

Die Auffassung vom Sozialismus war demzufolge nicht nur als wissenschaftlich begründete Vorausschau auf die Zukunft existent, sondern zugleich in jeder Aktion, jeder Tat der von der revolutionären Sozialdemokratie und besonders von den Linken gegen die bestehende kapitalistische Gesellschaftsordnung geführten Massenbewegung eingeschlossen. Über ihre Sozialismusauffassung gibt es daher von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring und Clara Zetkin – mit Ausnahme einiger Dokumente aus der Revolutionszeit 1917/18 – keine umfangreichen, speziell dieser Thematik gewidmeten Schriften. Aber in allen ihren Arbeiten ist die sozialistische Zukunftsbejahung und marxistische Zielvorstellung eingeschlossen, ganz besonders in denen, die um Klarheit über das Herankommen an die sozialistische Revolution zum Zwecke der Schaffung der sozialistischen Gesellschaft drängen. Im Zuge der Weiterentwicklung der Strategie und Taktik des antiimperialistischen Kampfes halfen sie wichtige Seiten der Gestaltung der künftigen Gesellschaft theoretisch deutlicher ausprägen, als das bis dahin geschehen und möglich war. Als Gegner jeglicher Spekulation und Utopie nahmen sie jeweils die konkreten Anforderungen ihrer Zeit zum Ausgangspunkt. Die Sozialismusauffassung Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und ihrer Kampfgefährten kann folglich nicht nur aus einigen programmatischen Schriften abgelesen werden, sondern resultiert aus unzähligen einzelnen Erkenntnissen, die sie im praktischen Klassenkampf gewannen, und zwar vor allem im Kampf für Demokratie und Frieden. Die folgenden Ausführungen sind dem Verhältnis von Demokratie und Sozialismus gewidmet.

\*

Ende 1899, als Rosa Luxemburg die verschiedenen Strömungen in der französischen Arbeiterbewegung untersuchte und deren Stellung zur Krise der französischen

<sup>38</sup> K. Liebknecht an National Clarion Campaign, 21. 3. 1914, IML, ZPA, NL 1/32.

<sup>39</sup> Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 22. Legislaturperiode, II. Session 1914/15, Bd. 5, Berlin 1914, Sp. 7159.

Republik analysierte, kam sie zu folgendem Schluß: „Die Zersetzung der bürgerlichen Republik und der gleichzeitige Zusammenbruch des kleinbürgerlichen Radikalismus haben das Proletariat als einzigen Hüter der Republik und der Demokratie auf die politische Bühne gerufen. Es ist berufen, die großen nationalen Gegenwartsinteressen zu verfechten, sie aber dabei im Interesse der sozialistischen Zukunft in die Form des proletarischen Klassenkampfes zu gießen.“<sup>40</sup> Kein anderer in der deutschen Sozialdemokratie rezipierte um die Jahrhundertwende in so dialektischer Weise den Engelsschen Standpunkt in dieser Frage und erfaßte so klar wie sie in wichtigen Seiten die seit jeher von den Gegnern des Marxismus umstrittene Problematik des Verhältnisses von Demokratie und Sozialismus. Das heißt nicht, daß sie damals bereits gültige Lösungen für den Inhalt und die Mittel des demokratischen Kampfes unter dem Gesichtspunkt der Vorbereitung der proletarischen Revolution im Imperialismus besaß oder schon genaue Vorstellungen hatte über die konkrete Gestaltung des Verhältnisses von Diktatur und Demokratie nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.<sup>41</sup> Rosa Luxemburg vertrat die marxistische Auffassung, daß das Schicksal der Demokratie an das Schicksal der Arbeiterbewegung gebunden ist und daß der Kampf für Demokratie kein Selbstzweck ist oder eine Frage der Integration mit dem bestehenden Staat wäre, sondern, dem sozialistischen Ziel untergeordnet, zugleich eine wichtige Voraussetzung für die Machtergreifung der Arbeiterklasse darstellt.

Karl Liebknecht stand ebenfalls auf dem republikanischen Standpunkt der revolutionären Sozialdemokraten<sup>42</sup>, äußerte sich aber erst später konkreter zu diesem Problem. 1907 hob er während des gegen ihn geführten Hochverratsprozesses vor Gericht die Einheit von republikanischem und sozialistischem Standpunkt hervor und erklärte: „Die Sozialdemokratie ist eine Partei der Demokratie, das sagt ihr Name. Die Demokratie ist eine Staatsform, die natürlich die gegenwärtige Staatsform ausschließt. Ich erkläre klipp und klar, daß das Ziel meiner politischen Tätigkeit als eines Sozialdemokraten die Abschaffung der Monarchie und die Einführung der Demokratie ist... Mein Ziel ist eine Änderung der gegenwärtigen Verfassung von Grund auf und nicht bloß dieser, sondern auch der ökonomischen Zustände – so wahr ich Sozialdemokrat bin.“<sup>43</sup> Besonders in seiner Tätigkeit als Abgeordneter im preußischen Abgeordnetenhaus und im Deutschen Reichstag ließ er keinen Zweifel daran, daß die bürgerliche Demokratie im Grunde genommen eine verfälschte Demokratie ist, da die ökonomische Abhängigkeit aller Unterdrückten auch bei formaler politischer Gleichberechtigung den herrschenden Klassen ein ungeheures politisches Übergewicht gebe und wirkliche Demokratie für das Volk ausschließe.<sup>44</sup> Franz Mehring hielt in Konsequenz seiner historisch begründeten Gegnerschaft zum

<sup>40</sup> Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. I/1, S. 657.

<sup>41</sup> Vgl. G. Radczun, Zum Kampf Rosa Luxemburgs in der deutschen Sozialdemokratie gegen die politischen Anschauungen Bernsteins vom Staat in den Jahren 1898/1899 unter besonderer Berücksichtigung ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution?“, Phil. Diss. Berlin 1964.

<sup>42</sup> Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, S. 1.

<sup>43</sup> Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. II, S. 108.

<sup>44</sup> Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, S. 631.



preußisch-deutschen Junkertum den uneingeschränkten Antimonarchismus für eines der wichtigsten Parteiprinzipien und für eine tragende Säule des Parteiprogramms.<sup>45</sup> Rosa Luxemburgs Standpunkt von der demokratischen Republik als der letzten Sprosse auf der Stufenleiter der möglichen politischen Herrschaftsformen der Bourgeoisie<sup>46</sup>, den sie 1899 gegen Bernstein einnahm, und ihre Überzeugung, daß die Republik ausschließlich zu einer Forderung der Arbeiterklasse geworden war, die mit dem Sozialismus untrennbar verbunden sei<sup>47</sup>, verschafften ihr sehr bald Zugang zu weitergehenden Erkenntnissen, die den neuen Bedingungen der imperialistischen Epoche Rechnung trugen, die die programmatischen Punkte des Erfurter Parteiprogramms konkretisierten und weiterentwickelten und die den Massenkämpfen der Arbeiter gegen die dem Imperialismus wesenseigene Tendenz zur Negation der Demokratie eine klare strategisch-taktische Orientierung gaben. Wichtige Dokumente dieses Erkenntnisprozesses sind neben ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution?“ der Aufsatz „Sozialdemokratie und Parlamentarismus“ – eine Äußerung zur Polemik über die Frage: Republik oder Monarchie? zwischen Jaurès, Eisner, Kautsky und Bebel – ihre Schriftenserie „Was weiter?“ aus der Zeit der russischen Revolution, ihre Reden auf dem Londoner Parteitag der SDAPR 1907, in denen sie den Standpunkt Lenins und der Bolschewiki unterstützte, und ihre Aufsätze aus dem Jahre 1910, in denen sie, in heftigem Widerstreit mit Kautsky, dem Parteivorstand und allen reformistischen Kräften, die Losungen der demokratischen Republik und der Anwendung des politischen Massenstreiks aufstellte und ihre Meinung zum Verhältnis von Demokratie und Sozialismus im antiimperialistischen Befreiungskampf präzierte.<sup>48</sup> In bezug auf die Aspekte dieser Arbeiten hinsichtlich der Gestaltung des Verhältnisses von Demokratie und Diktatur im Sozialismus ist vor allem folgendes aufschlußreich:

Inspiziert von den gewaltigen Protestkundgebungen und Straßendemonstrationen gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht Anfang 1910, die ein sichtbarer Ausdruck dafür waren, daß in Deutschland eine politische Krise heranzureifen und sich die relativ friedliche Entwicklung des Kapitalismus ihrem Ende zu nähern begann, antwortete Rosa Luxemburg auf die vielfach gestellte Frage der Arbeiter: Was weiter? mit den beiden Losungen „politischer Massenstreik“ und „demokratische Republik“. Dabei ging sie in Polemik gegen Karl Kautsky davon aus, daß die Losungen für den Kampf um Demokratie stets aus den konkreten Umständen der Klassenkampfsituation abgeleitet werden müssen. Dem Sozialismus nütze kein allgemeines Gefasel über die Demokratie an sich. Im Gegenteil, dies diene der Ausbreitung bürgerlicher Illusionen von der angeblichen Klassenungebundenheit der demokratischen Republik als Regierungsform und vergrößere die Verwirrung in der Arbeiterbewegung, indem der von der Partei offiziell proklamierte Kampf für

45 Vgl. Mehring, *Gesammelte Schriften*, Bd. 14, S. 574 ff.; S. 733; ferner die S. 123/124, 270, 381, 526 ff., 582 ff. u. 748; Bd. 15, S. 304 ff., 318 ff., 394 f., 498 ff., 604 ff., 740.

46 Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. I/1, S. 417–436; bes. S. 423, 425 f., 432.

47 Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. I/2, S. 69.

48 Vgl. A. Laschitzka, *Deutsche Linke im Kampf für eine demokratische Republik*, Berlin 1969.

Demokratie ohne Bezug zur konkreten Klassenkampfsituation nicht in wirksame Aktionen umschlagen könne. Sie entgegnete Kautsky, als dieser die Losung von der demokratischen Republik ablehnte und sich in einen abstrakten, mit kleinbürgerlichen Vorstellungen verwobenen Begriff vom allgemein-demokratischen Kampf verflüchtigte, es komme eben nicht nur darauf an, „revolutionäre Kämpfe und deren äußeren Verlauf in der theoretischen Abstraktion, sozusagen im Nirgendwo zu schildern, ihr allgemeines Schema zu entwerfen sondern ebenso sehr darauf, in der Praxis jeweilig die Losungen zu geben, die das Maximum an revolutionärer Energie des Proletariats auslösen, die Situation am meisten und am raschesten vorwärtstreiben können“<sup>49</sup>.

Rosa Luxemburg begriff die Demokratie als eine streng klassengebundene Kategorie des wissenschaftlichen Sozialismus, die sich weder für einen sog. demokratischen Zusammenschluß der Klassen eignete noch einen „sozialen Frieden der Reform“ gebär, wie die Revisionisten und Reformisten mit dem Wort Demokratie auf den Lippen Marx „praktisch“ zu überwinden versuchten. Die Losung von der demokratischen Republik betrachtete sie 1910 als ein Mittel der Offensive gegen den Imperialismus und dessen Reaktionstendenz.<sup>50</sup> Mit dem Kampf für die demokratische Republik erfaßte sie daher ein wesentliches Erfordernis der Strategie und Taktik in der neuen Epoche. Die Aktionen der Arbeiterklasse sollten sich gegen die preußisch-deutsche Monarchie Wilhelms II. als sichtbare Spitze der Reaktion im imperialistischen Deutschland richten. „Die Losung der Republik“, betonte Rosa Luxemburg nachdrücklich, „ist also in Deutschland heute unendlich mehr als der Ausdruck eines schönen Traums vom demokratischen ‚Volksstaat‘ oder eines in den Wolken schwebenden politischen Doktrinarismus, sie ist ein praktischer Kriegsruf gegen Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik, Weltpolitik, Junkervorherrschaft, Verpreußung Deutschlands, sie ist nur eine Konsequenz und drastische Zusammenfassung unseres täglichen Kampfes gegen alle diese Teilerscheinungen der herrschenden Reaktion.“<sup>51</sup>

Ihre Stellung zur demokratischen Republik begründete Rosa Luxemburg in konsequenter Gegnerschaft zum bestehenden Staat und hob hervor, daß der Kampf um dieses nächste Ziel nicht etwa den Kampf um den Sozialismus aufheben könne, auch die Lage der Arbeiterklasse nicht grundlegend verändern werde, weil ja eine demokratische Republik unter kapitalistischen Verhältnissen ebenfalls ein bürgerlicher Klassenstaat, eine bürgerliche Demokratie sei. Der Kampf für bürgerliche Demokratie müsse aber trotzdem konsequent geführt werden, denn aus „Kämpfern gegen Bethmann Hollweg und den schwarzblauen Block sollen überzeugte Kämpfer für die sozialistische Gesellschaftsordnung geworben werden.“<sup>52</sup> Sie stimmte in dieser Hinsicht mit der Absicht W. I. Lenins völlig überein, der betonte, daß das Proletariat unbedingt auf die Demokratie setzen müsse, um sich in

49 R. Luxemburg, *Die Theorie und die Praxis*, in: *Die Neue Zeit*, 28. Jg., 1909/1910, Zweiter Band, S. 637.

50 Luxemburg, *Ausgewählte Reden und Schriften*, II. Bd., Berlin 1955, S. 341.

51 Ebenda.

52 Ebenda, S. 342.

dieser republikanischen Tradition zu festigen als ideologische Vorbereitung auf die proletarische Machteroberung.<sup>53</sup> Nicht zuletzt auch in diesem Sinne ist die demokratische Republik als „demokratischste“ Herrschaftsform der Bourgeoisie ein günstiger Kampfboden für die Arbeiterklasse zur Vorbereitung auf den Sozialismus.

„Wenn das Proletariat in Westeuropa die von der Bourgeoisie verratenen demokratischen Losungen aufnimmt“, schrieb Rosa Luxemburg bereits Ende des 19. Jh., „so hat dies einen guten Grund. Proletariat und Bourgeoisie sind, obwohl feindliche Brüder, doch Kinder einer und derselben sozialen Formation – der kapitalistischen. Diese trägt in sich selbst eine gewisse Summe politischer demokratischer Tendenzen, die sie ins Leben zu setzen strebt. Zuerst erscheint die Bourgeoisie als die Trägerin dieser Tendenzen, die alsdann bis zu gewissem Grade als Vertreterin des gesamten ‚Volkes‘ auftritt. Sobald jedoch die Klassengegensätze reif genug sind, um das Proletariat auf die politische Bühne zu drängen, läßt die Bourgeoisie ihre demokratischen Ideale eines nach dem anderen fallen. Wenn hier das Proletariat diese Ideale aufnimmt, so erscheint es nur als politischer Erbe der Bourgeoisie und als Träger der Tendenzen derselben kapitalistischen Periode, was überhaupt seine historische Rolle ist.“<sup>54</sup>

Seitdem sie diese Zusammenhänge dargelegt hatte, waren – 1910 – 15 Jahre vergangen. Die stürmische imperialistische Entwicklung einschließlich des Vordringens des Opportunismus in der Arbeiterbewegung hatten bewirkt, daß die republikanische Losung in Rosa Luxemburgs Sinne ein adäquater Ausdruck aller revolutionär-demokratischen Tendenzen gegen die imperialistische Reaktion und „zum Erkennungswort der Klassenscheidung, zur Parole des Klassenkampfes“ geworden war.<sup>55</sup>

Rosa Luxemburgs Äußerungen beweisen, daß imperialistische wie rechtssozialdemokratische Geschichtsschreiber im Unrecht sind, wenn sie glauben machen wollen, Rosa Luxemburg hätte eine vom Marxismus-Leninismus abweichende, eine dem Leninismus entgegengesetzte Grundauffassung von der Demokratie vertreten.<sup>56</sup> Die aktivierende Rolle der Losung der Republik für den Klassenkampf erklärt ja gerade, weshalb die Losung, vor allem in ihrem klaren Bezug zur historischen Mission der Arbeiterklasse und verbunden mit der Forderung nach Anwendung des politischen Massenstreiks, in der deutschen Sozialdemokratie zu heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen führte. Einstmals Forderung der ganzen revolutionären Sozialdemokratie, dann jahrelang aus taktischen Rücksichten vorwiegend indirekt erhoben, wodurch die theoretische Klärung ihres Inhalts nicht vorangekommen war, wurde sie um 1910 zu einem Gradmesser für das Verhältnis zum Erfurter Programm, zum Marxismus und zu seiner schöpferischen Anwendung und Weiterentwicklung. In der Luxemburgschen Fassung, als antiimperialistische Aktionslosung, wurde sie in der

53 Lenin, Werke, Bd. 16, S. 86; Bd. 6, S. 110 f.

54 Luxemburg, Gesammelte Werke, B. I/1, S. 49.

55 Luxemburg, Die Theorie und die Praxis, in: Die Neue Zeit, 28. Jh., 1909/1910, Zweiter Band, S. 570.

56 G. Radczun, Einige Probleme der Haltung Rosa Luxemburgs zur proletarischen Revolution (zu Flechtheims Rosa-Luxemburg-Edition „Die russische Revolution“), in: BzG, 1966, H. 1.

politisch-ideologischen Strömung der deutschen Linken in der Sozialdemokratie immer mehr zu einem Kennzeichen, in dem sich die strategisch-taktische Fortgeschrittenheit der Führer dieser Strömung dokumentierte.

Rosa Luxemburg sah ihre Aufgabe um diese Zeit noch nicht darin, die weiteren Etappen des antiimperialistischen Kampfes für Demokratie im Hinblick auf die Eroberung der politischen Macht konkreter abzustecken, so wie das Lenin besonders in „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ getan hatte. Aber aus allen ihren Arbeiten geht hervor, daß sie bürgerliche Demokratie und Sozialismus als unvereinbar auffaßte, daß es keinen quantitativen Ausbau der bürgerlichen Demokratie in dem Sinne geben könne, daß das Proletariat diese durch einfache Stimmenmehrheit im Parlament aushöhlen und im reformistischen Sinne allmählich in eine „sozialistische Demokratie“ verwandeln könne. Diese Art revisionistischer Auffassungen des Verhältnisses von Demokratie und Sozialismus betrachtete sie als Fälschung des Marxismus. Anklagend schrieb sie bereits 1902 gegen die „neue Methode“ von Bernstein, Millerrand und Jaurès in der Interpretation der bürgerlichen Demokratie. „Die Marxsche Hoffnung, am andren Tag nach dem Siege der Bourgeoisie die Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie zu führen und sie von dem Staatssteuer zu verjagen, um einer proletarischen Diktatur Platz zu machen, verzerrt sich zur ‚allmählichen Verwirklichung des Sozialismus‘ durch parlamentarische Reformen eines sozialistisch-demokratischen Kartells.“<sup>57</sup>

Mit der gleichen Entschiedenheit, wie sich Rosa Luxemburg gegen die revisionistische Verfälschung des marxistischen Demokratiebegriffs wandte, polemisierte auch Karl Liebknecht 1902 gegen Jaurès' Verteidigung des Millerandismus, der sich schon mitten im Sozialisierungsprozeß wähnte und ein wahres „Gottvertrauen auf eine mystische Wunderkraft, genannt ‚Demokratie‘“, bezeugte.<sup>58</sup> „Demokratie! Mit diesem Wörtchen löst jeder Revisionist, jeder Anhänger der ‚neuen Methode‘ alle Schwierigkeiten spielend. Mit dem Wörtchen ‚Demokratie‘ sage ich; denn der Begriff dieses Wörtchens im Sprachgebrauch der Revisionisten ist gar sehr verschwommen. Anscheinend soll es die gleichmäßige Beteiligung aller in einer wirtschaftlichen oder politischen Organisation eingegliederten Personen an der Verwaltung, das heißt natürlich auch an der Nutzung dieser Organisation bezeichnen. Bei dieser Definition ist Demokratie – Sozialdemokratie und schließt den Sozialismus begrifflich ein, so daß die vielfachen Äußerungen Jaurès' (und anderer Männer der neuen Methode), die Demokratie sei wesentliche Voraussetzung, sei die Form zur Verwirklichung oder gar schon ein Stück des Sozialismus, Äußerungen die im Grunde nur eine unklare Wiederaufnahme der ‚reprobierten‘ Lehre von der Diktatur des Proletariats ergeben, nur Verwirrung stiften können.“<sup>59</sup> Es gäbe eben ganz echte politische Herrschaftsverhältnisse und selbst die Demokratie sei ein solches, das die Unterdrückung einer sehr starken Minderheit einschließe.<sup>60</sup> Daraus folgere zweierlei: daß es mit dem

57 Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. I/2, S. 302.

58 Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, Berlin 1959, S. 16 f.

59 Ebenda, S. 21 f.

60 Ebenda, S. 23.



allmählich-friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus überhaupt seinen Haken habe und daß die Demokratie schon deswegen nicht als das Allheilmittel gelten könne, weil sie im Kapitalismus von der Gnade der herrschenden Klasse abhängt.<sup>61</sup> Als Kardinalfehler der Revisionisten bezeichnete Liebknecht treffend, daß diese „als wesentliche Eigenschaft der ‚Demokratie‘ nicht so sehr die Herrschaft der Mehrheit, als die Rücksicht auf die Minderheit“ betrachteten.<sup>62</sup>

Im Gegensatz zu den Revisionisten war es für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wie für alle Marxisten klar, daß die Demokratie für die Mehrheit, die sozialistische Demokratie, nur über die Diktatur des Proletariats erreichbar war. Zu diesem Ziele mußte immer wieder das richtige Gleichgewicht zwischen der praktischen Arbeit der Partei unter imperialistischen Bedingungen und den Endzielen des Sozialismus hergestellt werden. Das aber konnte nicht in Kautskys revisionistischer Art geschehen, dessen Zentrismus Rosa Luxemburg zusammenfassend charakterisierte, indem sie schrieb: „Himmelstürmende Theorie und ‚Ermattung‘ in der Praxis, revolutionärste Perspektiven in den Wolken und Reichstagsmandate als einzige Perspektive in der Wirklichkeit“.<sup>63</sup> Rosa Luxemburg verteidigte ihren Standpunkt von der unbedingten Übereinstimmung von Theorie und Praxis und von Gegenwarts- und Zukunftspolitik besonders intensiv in bezug auf das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus: Erst seit Marx und durch Marx gibt es sozialistische Arbeiterpolitik, die zugleich und im vollsten Sinne beider Worte revolutionäre Realpolitik ist.<sup>64</sup> Außerdem hat die Pariser Kommune gelehrt, daß es keinen Platz für die politische Herrschaft des Proletariats innerhalb der Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung gibt und daß keine Möglichkeit bestehen wird, diese Bedingungen abzuschaffen, bis sie nicht ihre Reife erreicht haben.<sup>65</sup>

Mit der Auffassung, daß die Gestaltung der Demokratie vom Kampf der Arbeiterklasse abhängig ist, mit der Entlarvung der Negationstendenz des Imperialismus und Militarismus gegenüber der bürgerlichen Demokratie, mit der Erkenntnis der demokratischen Republik als günstigem Kampfboden für die Arbeiterklasse und bestem Zugang zur Diktatur des Proletariats nahm Rosa Luxemburg wichtige Positionen für die Beurteilung des Verhältnisses von Demokratie und Sozialismus ein, auf deren Grundlage sie bei Anbruch einer revolutionären Situation, in der die proletarische Revolution zur unmittelbaren Aufgabe werden würde, ihre Vorstellungen weiter präzisieren konnte.

\*

Im antiimperialistischen Kampf für Demokratie erwies sich, daß wahre Demokratie für die Arbeiterklasse die Herrschaft des Imperialismus ausschließt. Demokratie für die Mehrheit ist nur auf revolutionärem, das heißt die alte Gesellschaft wirklich von

Grund auf umwälzendem, und nicht auf reformistischem Wege, über ein Klassenkompromiß, zu erreichen. Der Dialektik der Geschichte aber entsprach es, die bürgerliche Demokratie nicht zu negieren, solange die Zeit für die sozialistische Demokratie noch nicht reif war. Im Gegenteil, sie mußte verteidigt und soweit wie möglich ausgebaut werden, damit sich die Arbeiterklasse unter möglichst günstigen Bedingungen für ihre historische Mission rüsten konnten. Die Partei der Arbeiterklasse durfte nicht nachlassen, die Massen über den Klassencharakter und die Begrenztheit der bürgerlichen Demokratie aufzuklären, damit sie diese als Kampfboden und als eine Schule ansahen und nicht der Illusion verfielen, es könnte sich die bürgerliche Demokratie beliebig bis zum Sozialismus hin erweitern lassen.

Das zu begreifen und sich wirklich auf die künftige Gestaltung der sozialistischen Demokratie vorzubereiten, dazu mußte sich die Vorhut der Arbeiterklasse in ihren eigenen Reihen, in ihren eigenen Organisationen schulen und für deren revolutionären Ausbau sorgen. Das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus, von Demokratie und Diktatur des Proletariats ist folglich auch aus den Auffassungen Rosa Luxemburgs über die Partei als politisch selbständige, revolutionäre Klassenorganisation zu sehen, die die Arbeiterklasse im Kampf für den Sozialismus führen muß. Ihr entschiedenes Auftreten gegen den sich in der deutschen Sozialdemokratie unter dem Einfluß des Opportunismus ausbreitenden bürokratischen Zentralismus, ihre Ansichten von der Struktur der Partei und vom Verhältnis zwischen Partei und Klasse, zwischen Führern und Massen vermitteln hierzu weitere Aufschlüsse. Doch diese Problematik kann und soll hier nur angedeutet werden, sie ist zu sehr ein eigener und umfangreicher Forschungsgegenstand, als daß er hier mitbehandelt werden könnte.<sup>66</sup> Es steht in diesem Zusammenhang jedoch fest, daß sich die Behauptung der antikommunistischen Geschichtsschreibung, Rosa Luxemburg sei eine Theoretikerin der reinen Massendemokratie, eine „Prophetin par excellence der uninstitutionalisierten Revolution“ gewesen<sup>67</sup>, im Gegensatz zu Rosa Luxemburgs Gesamtwerk wie ihrer Parteiauffassung befindet. Hinter dieser Fälschung verbirgt sich die Absicht, Rosa Luxemburgs Auffassung von der führenden Rolle der revolutionären Arbeiterpartei im Kampf für Demokratie und Sozialismus aus ihrem Vermächtnis zu eliminieren. Denn: Verwirrung in die Reihen der Sozialisten über den historischen Platz, die Funktion und den Typus der Partei der Arbeiterklasse zu tragen, ist eine wesentliche Seite des ideologischen Kampfes von Imperialisten und Revisionisten gegen die kommunistische Weltbewegung und die sozialistischen Staaten.

Alle führenden deutschen Linken stimmten mit Karl Marx, Friedrich Engels und W.I. Lenin überein, daß der Sozialismus nicht einer spontanen Bewegung entspricht und die Diktatur des Proletariats, die sozialistische Demokratie, nicht etwa ein auf

61 Ebenda, S. 24.

62 Ebenda, S. 25.

63 Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. I/2, Berlin 1970, S. 171.

64 Luxemburg, Die Theorie und die Praxis, in: Die Neue Zeit, 28 Jg. 1909/1910, Zweiter Band, S. 637.

65 Luxemburg, Ausgewählte Reden und Schriften, II. Bd., S. 429.

66 Vgl. G. Radczun, Nachwort zu Rosa Luxemburg, Politische Schriften, Leipzig (1969), bes. S. 453 ff.; ders.: Vorwort, in: Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. I/1, S. 24 ff.; ders., Zu einigen Aspekten der Junius-Broschüre, in: BzG, 1967, H. 1.

67 P. Nettel, Rosa Luxemburg. Vom Autor gekürzte Volksausgabe, Köln/(West-)Berlin 1969, S. 9 f. u. 15.

demokratischer Grundlage sich selbst verwirklichender Massenwille ist. Der Sozialismus schloß für sie die Existenz einer marxistischen Arbeiterpartei als Vorhut der Arbeiterklasse ein, setzte sie voraus. Das Gesamtwerk von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Clara Zetkin und Franz Mehring beruhte auf dem entscheidenden marxistischen Grundsatz: Die proletarische Emanzipationsbewegung kann die bestehende Gesellschaft nur revolutionär verändern, wenn sie durch die Vereinigung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus Einsicht in den gesellschaftlichen Gesamtprozeß gewinnt und Klarheit über die sich aus dessen objektiven Gesetzmäßigkeiten ergebenden Anforderungen an die Strategie und Taktik der Arbeiterklasse erhält. Diese Vereinigung von Arbeiterklasse und wissenschaftlichem Sozialismus – ein fortwährender, dynamischer Prozeß – ist durch die marxistisch-leninistische Partei zu führen.

Die deutschen Linken waren an diesem Prozeß besonders intensiv beteiligt. Wiederholt betonte Rosa Luxemburg, daß die Partei der organisierte Kern der Arbeiterklasse, der Vortrupp des gesamten arbeitenden Volkes ist, aus dem die politische Klarheit, die Kraft und die Einheit der Arbeiterbewegung, entspringen muß.<sup>68</sup> Als Karl Liebknecht während des ersten Weltkrieges begann, in sozialökonomische Zusammenhänge zwischen Imperialismus und Opportunismus einzudringen, hob er ausdrücklich hervor, daß es sich für die Arbeiterklasse vor allem darum handelt, das Mittel der Organisation auszunutzen, um die stärkste revolutionäre Macht für das sozialistische Ziel zu entfalten. Die Partei müsse das höchstmögliche Maß von Klassenbewußtsein und Schulung zum Klassenkampf vermitteln, mit ihrer politisch-ideologischen Arbeit möglichst weite Kreise der Arbeiterklasse erreichen und dem Proletariat für seine Aktionen gegen die kapitalistische Herrschaft den wirksamsten technischen Apparat bieten.<sup>69</sup>

Um ihre historische Mission zu erkennen, um die proletarische Revolution durchzuführen und um die politische Macht zum Aufbau des Sozialismus gebrauchen zu können, bedarf die Arbeiterklasse der führenden Kraft einer revolutionären Kampfpartei. Dieses Erfordernis, das auch im Erfurter Parteiprogramm ausgesprochen worden war, war den deutschen Linken als eine Voraussetzung für den Sozialismus bewußt. Ihr gesamter Kampf gegen den Opportunismus und für die Entwicklung neuer Kampfmittel und -formen in der antiimperialistischen Befreiungsbewegung war ein bewußtes Ringen um die Erhöhung der politisch-ideologischen Kampffähigkeit der Partei als politisch selbständige Klassenorganisation des Proletariats, der die Aufgabe obliegt, wie Rosa Luxemburg hervorhob, die aufgeklärteste, klassenbewußteste Vorhut des Proletariats zu sein. Sie schrieb 1906: „Sollen breiteste proletarische Schichten für eine politische Massenaktion der Sozialdemokratie gewonnen werden, und soll umgekehrt die Sozialdemokratie bei einer Massenbewegung die wirkliche Leitung ergreifen und behalten, der ganzen Bewegung im *politischen Sinne* Herr werden, dann muß sie mit voller Klarheit, Konsequenz und Entschlossen-

heit die *Taktik, die Ziele* dem deutschen Proletariat in der Periode der kommenden Kämpfe zu stecken wissen.“<sup>70</sup> Daher ist es offene Fälschung, wenn erst kürzlich im sozialdemokratischen „Vorwärts“ behauptet wurde, für Rosa Luxemburg sei die Partei niemals die Vorhut der Arbeiterklasse gewesen.<sup>71</sup>

Die gesamte Tätigkeit Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts, Clara Zetkins und Franz Mehrings – als Journalisten, Referenten, Lehrer, Schriftsteller und Parlamentarier – war eine Tätigkeit als Funktionäre der im Kampf bewährten revolutionären deutschen Sozialdemokratie, deren Programm und revolutionäre Politik sie verteidigten und schöpferisch weiterentwickelten. Sie sagten jedoch der Sozialdemokratie den Kampf an, als diese durch das Ausbreiten des Opportunismus als politisch selbständige Klassenorganisation zerfiel und sich in eine reformistische Partei verwandelte. Die Enttäuschung über den Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie war groß, der revolutionäre Ausweg aus der Krise des 4. August 1914 aber führte die Linken weiter zur Begründung einer neuen Partei, der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).<sup>72</sup>

Wenn Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und ihre Kampfgefährten auf die Massen zu sprechen kamen, so ging es ihnen nicht um die Negation der vorwärtsweisenden Rolle der Partei, sondern um die möglichst breite Einbeziehung großer Kreise der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger in den Emanzipationskampf, in die revolutionäre Eroberung und Ausübung der Macht, denn für sie war wie für jeden Marxisten Axiom, daß der Sozialismus nur durch eine politisch selbständig organisierte Massenbewegung erkämpft werden kann. Dabei schlossen sie die politisch-ideologisch führende Rolle der revolutionären Partei ein. Die Schwäche der führenden deutschen Linken lag nicht etwa in einer allgemeinen Überschätzung der Spontaneität. Was den Formierungsprozeß der Linken von einer politisch-ideologischen Strömung in der deutschen Sozialdemokratie zu einer eigenen, selbständigen revolutionären Kampfpartei hemmte, war vielmehr, daß sie die Gefahr des Opportunismus für die deutsche Sozialdemokratie unterschätzten. Denn sie hatten nicht den sozialökonomischen Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus in Gestalt der Arbeiteraristokratie erkannt. Zudem überschätzten sie die Möglichkeit einer spontanen Umsetzung des von den Revolutionären in der Partei ideologisch geformten Massenwillens in Aktionen und erkannten schließlich nicht das Allgemeingültige an Lenins Kampf um die Partei neuen Typus. Das erschwerte den Herausbildungsprozeß einer revolutionären Partei neuen Typus in der deutschen Arbeiterbewegung. Die historischen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung, die zu dieser Partei führten, spiegeln sich jedoch schon in der Strömung und in den Gruppierungen der deutschen Linken deutlich wider.<sup>73</sup>

<sup>70</sup> Vgl. Luxemburg, Politische Schriften, S. 196.

<sup>71</sup> J. Scholmer, Rosa Luxemburg war für den menschlichen Sozialismus, Vorwärts, 4. 3. 1971.

<sup>72</sup> Vgl. H. Wohlgemuth, Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands 1914 bis 1918. Überblick, Berlin 1968.

<sup>73</sup> Vgl. A. Laschitzka / H. Schumacher, Thesen über die Herausbildung und Entwicklung der deutschen Linken von der Jahrhundertwende bis zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), in: BzG, 1965, H. 1.

<sup>68</sup> Vgl. Luxemburg, Politische Schriften, S. 192.

<sup>69</sup> Vgl. Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, S. 304.



Der imperialistische Weltkrieg unterwarf Deutschland einer skrupellosen Militärdiktatur.<sup>74</sup> In der vom Opportunismus gespaltenen Arbeiterbewegung nahmen in den Organisationen, die von den Sozialchauvinisten beherrscht wurden, ebenfalls autoritäre Züge überhand und bewiesen, daß die Opportunisten nicht einmal in den eigenen Reihen in der Lage waren, eine wirkliche Demokratie zu praktizieren, daß ihr Integrationsbestreben in den imperialistischen Staat bis zur Unterordnung unter die imperialistische Militärdiktatur und zur Abwürgung der Opposition in den eigenen Organisationen führte.

Die vom Krieg heraufbeschworene neue Situation zwang die deutschen Linken zu weitergehenden Überlegungen über das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus. In den Jahren 1917/18 sind deutlich zwei Etappen in ihrem Erkenntnisprozeß festzustellen, die eng miteinander verwoben sind: die erste, die bis in das Jahr 1918 hineinreicht und ihre unterschiedliche Widerspiegelung sowohl in den Gefängniszeichnungen Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts als auch in den Briefen und Erklärungen Clara Zetkins und Franz Mehrings findet, war unter dem bestimmenden Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in ihrem Wesen ein theoretischer Selbstverständigungsprozeß über das durch die Revolution akut aufgeworfene Problem der konkreten Konstituierung und Formierung der Diktatur des Proletariats in Rußland; die zweite, die mit der Novemberrevolution in Deutschland beginnt, äußert sich offenkundig als revolutionärer Orientierungsprozeß auf die Lösung der Machtfrage im Sinne der Diktatur des Proletariats als einzig möglicher Weg zur sozialistischen Demokratie.<sup>75</sup>

Die klassische Folgerung Rosa Luxemburgs, die alle gegnerische Spekulation auf einen sog. demokratischen Sozialismus im Sinne einer historisch nicht tragfähigen Integrationsideologie von bürgerlicher Demokratie und ethischem Sozialismus widerlegt, ist ihre Stellungnahme vom 17. Dezember 1918, aus der ihr Standpunkt von der dialektischen Einheit von Demokratie und Diktatur in jedem Staatstyp, so auch in der spezifischen Machtausübung der Arbeiterklasse, der Diktatur des Proletariats eindeutig hervorgeht. Rosa Luxemburg schrieb: „Politische Gleichberechtigung, Demokratie!“ sangen uns jahrzehntelang die großen und kleinen Propheten der bürgerlichen Klassenherrschaft vor. Und ‚politische Gleichberechtigung, Demokratie!‘ singen ihnen heute, wie ein Echo, die Handlanger der Bourgeoisie, die Scheidemänner, nach. Jawohl, sie soll eben erst verwirklicht werden. Denn das Wort ‚politische Gleichberechtigung‘ wird in dem Augenblick erst Fleisch wo die wirtschaftliche Ausbeutung mit Stumpf und Stiel ausgerottet ist. Und ‚Demokratie‘ – Volksherrschaft beginnt erst dann, wenn das arbeitende Volk die politische Macht ergreift.

74 Vgl. J. Schellenberg, Probleme der Burgfriedenspolitik im ersten Weltkrieg. Zur innenpolitischen Strategie und Taktik der herrschenden Klassen Deutschlands 1914–1916, Phil. Diss., Berlin 1967; Politik im Krieg 1914–1918, Berlin 1964; Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 1–3, Berlin 1968 f.

75 Vgl. G. Radczun, Einige Probleme der Haltung Rosa Luxemburgs zur proletarischen Revolution (zu Flechtheims Rosa Luxemburg-Edition „Die russische Revolution“), in: BzG, 1966, H. 1.

Es gilt, an den durch die bürgerlichen Klassen anderthalb Jahrhunderte lang mißbrauchten Worten die praktische Kritik historischer Handlungen zu üben. Es gilt, die ‚Liberté, Egalité, Fraternité, die 1789 in Frankreich vom Bürgertum proklamiert worden ist, zum erstenmal zur Wahrheit zu machen – durch die Abschaffung der Klassenherrschaft des Bürgertums. Und als ersten Akt dieser rettenden Tat gilt es vor aller Welt und vor den Jahrhunderten der Weltgeschichte laut zu Protokoll zu geben: Was bisher als Gleichberechtigung und Demokratie galt: Parlament, Nationalversammlung, gleicher Stimmzettel, war Lug und Trug! Die ganze Macht in der Hand der arbeitenden Masse, als revolutionäre Waffe zur Zerschmetterung des Kapitalismus – das allein ist wahre Gleichberechtigung, das allein wahre Demokratie!“<sup>76</sup> Auf der Grundlage der Erfahrungen der Revolutionen in Rußland wie der konkreten Analyse der revolutionären Situation in Deutschland konnten Rosa Luxemburgs Erkenntnisse über den Klassencharakter des Verhältnisses zwischen der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Demokratie in eine neue Qualität umschlagen.

Die Konterrevolution führte ihren Kampf gegen die Räte unter dem Feldgeschrei, dessen sich auch heute immer wieder die antikomunistischen Luxemburg-Interpreten bedienen: Demokratie oder Diktatur! Sie sepukulierte auf die verschwommenen Vorstellungen der Arbeitermassen über das Verhältnis dieser sich scheinbar ausschließenden Herrschaftsformen. Die Ablenkung von der Klassenfrage war stets eine beliebte Methode der Gegenrevolution. Ihr zu dienen, ist auch noch heute der Zweck imperialistischer, sozialdemokratischer und revisionistischer Geschichtsschreiber, die von den Auffassungen der Führer der Novemberrevolution, besonders von Rosa Luxemburg, einen sog. dritten Weg, einen „demokratischen“ Weg zum Sozialismus, einen Sozialismus als „uninstitutionalisierte Massendemokratie“ herzuleiten versuchen, indem sie Rosa Luxemburgs Kritik an Lenins Gestaltung der Diktatur des Proletariats mißdeuten und mißbrauchen.<sup>77</sup>

Im Gefängnis hatten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg noch manchen Einwand gegen die Methoden der Bolschewiki geäußert, die in Rußland 1917/18 unter Führung Lenins darangingen, die Diktatur des Proletariats praktisch zu konstituieren, neue Organe und Gesetze der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu schaffen und den so dringend notwendigen Frieden zu erzwingen. Ende 1918, inmitten der Revolutionskämpfe in Deutschland, wurden diese Zweifel und mancher Irrtum über die Art der Verwendung der Demokratie im System der Diktatur des Proletariats durch die praktische Erfahrung mit den noch übermächtigen Kräften der Konterrevolution überwunden. Bei beiden reiften in diesen Tagen härtester Klassenausinandersetzungen, in denen sie selbst die Front der Revolutionäre anführten, ihre Gedanken über das Verhältnis von Demokratie und Diktatur zum eindeutig marxistisch-leninistischen Grundsatz: „Diktatur des Proletariats, das ist Demokratie im sozialistischen Sinne ... das ist der Gebrauch aller politischen Machtmittel zur Verwirklichung des Sozialis-

76 Luxemburg, Ausgewählte Reden und Schriften, II. Bd., S. 643 f.

77 Vgl. A. Abusch, Ein Adler der sozialistischen Revolution, in: Einheit, 1971, H. 3, S. 128 ff.

mus, zur Expropriation der Kapitalistenklasse".<sup>78</sup> Jetzt, da sie selbst um die Konsolidierung der Rätewacht rangen, war kein Platz mehr für Rosa Luxemburgs Irrtum von der Freiheit als „Freiheit des Andersdenkenden“.

Es entsprach auch den leninistischen Vorstellungen von der Klassegebundenheit der Demokratie, wenn Karl Liebknecht konstatierte: „So führt der Weg zur Demokratie über den Sozialismus, nicht aber der Weg zum Sozialismus über die sogenannte Demokratie... Das Proletariat muß den herrschenden Klassen die politische Macht endgültig entwenden, indem es alle staatlichen Machtfunktionen grundsätzlich dem revolutionären Proletariat vorbehält".<sup>79</sup> Das stimmte eindeutig mit W. I. Lenins Erkenntnissen in diesen Fragen so weitgehend überein, daß alle Behauptungen imperialistischer und rechtsopportunistischer Geschichtsschreiber über die angeblich „demokratischere“ Komponente der Luxemburgschen Revolutionsauffassung ad absurdum geführt sind. Rosa Luxemburg selbst wies entschieden darauf hin, daß die Art der Verwendung der Demokratie durch das Proletariat vor allem vom objektiven Klassenkräfteverhältnis abhängen werde und daß es zwischen bürgerlicher Demokratie und sozialistischer Demokratie kein Kompromiß geben könne.<sup>80</sup>

Rosa Luxemburg kritisierte die Bolschewiki in ihrem unvollendeten Manuskript vom Standpunkt der uneingeschränkten Bejahung der Diktatur des Proletariats zum Zwecke der Verwirklichung des Sozialismus.<sup>81</sup> Sie erklärte ihre volle Sympathie für die Lenin-Partei, die im Gegensatz zum parlamentarischen Kretinismus der Opportunisten besonders in der deutschen Sozialdemokratie darum rangen, durch revolutionäre Taktik zur Gewinnung der Mehrheit des Volkes zu kommen, und damit die wirkliche Dialektik der Revolution erfassen.<sup>82</sup> Sie grenzte sich entschieden von Karl Kautskys Opportunismus ab, der zur offenen Bekämpfung der Diktatur des Proletariats in Sowjetrußland übergegangen war: „Es ist geradezu erstaunlich zu beobachten, wie dieser fleißige Mann (Kautsky) in den vier Jahren des Weltkrieges durch seine unermüdliche Schreibearbeit ruhig und methodisch ein theoretisches Loch nach dem andern in den Sozialismus reißt, eine Arbeit, aus der der Sozialismus wie ein Sieb ohne eine heile Stelle hervorgeht. Der kritiklose Gleichmut, mit dem seine Gefolgschaft dieser fleißigen Arbeit ihres offiziellen Theoretikers zusieht und seine immer neuen Entdeckungen schluckt, ohne mit der Wimper zu zucken, findet nur ihre Analogie in dem Gleichmut, mit dem die Gefolgschaft der Scheidemann und Co. zusieht, wie diese letzteren den Sozialismus praktisch durchlöchern. In der Tat ergänzen sich die beiden Arbeiten vollkommen, und Kautsky, der offizielle Tempelwächter des Marxismus, verrichtet seit Ausbruch des Krieges in Wirklichkeit nur theoretisch dasselbe, was die Scheidemänner praktisch: 1. Die Internationale, ein Instrument des Friedens; 2. Abrüstung und Völkerbund, Nationalismus; endlich 3. Demokratie, *nicht* Sozialismus. In dieser Situation gebührt denn der bolsche-

78 Luxemburg, *Ausgewählte Reden und Schriften*, II. Bd., S. 602.

79 Liebknecht, *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. IX, S. 631.

80 Luxemburg, *Ausgewählte Reden und Schriften*, II. Bd., S. 643 f.

81 Luxemburg, *Die russische Revolution*, in: IML, Berlin, ZPA, NL 2/15.

82 Ebenda.

wistischen Richtung das geschichtliche Verdienst“, folgte Rosa Luxemburg, „von Anfang an diejenige Taktik proklamiert und mit eiserner Konsequenz verfolgt zu haben, die allein die Demokratie retten und die Revolution vorwärtstreiben konnte.“<sup>83</sup>

Dieser Standpunkt basierte auf Marx' und Engels' Revolutions- und Staatstheorie und erhielt später, unter den Bedingungen der Revolution in Deutschland, neue Akzente, weil Rosa Luxemburg wie Karl Liebknecht, Franz Mehring und Clara Zetkin keinen Moment ihres Lebens versäumten, davon auszugehen, daß die Kernfrage des proletarischen Befreiungskampfes die Machtfrage ist und daß die Entscheidung der Machtfrage von der Arbeiterklasse nur unter Führung einer revolutionären Partei herbeigeführt werden kann. Bereits zum 20. Todestag von Karl Marx hatte Rosa Luxemburg festgestellt, daß die Brücke, die Marx zwischen der proletarischen Bewegung, wie sie elementar aus dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft emporwuchs, und dem Sozialismus errichtet habe, der Klassenkampf und die politische Machtergreifung sei. Karl Marx hat die Masse der Proletarier zur Klasse erhoben, schrieb sie, „indem er sie durch die besondere historische Aufgabe verband: durch die Aufgabe der Eroberung der politischen Macht zur sozialistischen Umwälzung“<sup>84</sup>. Und 1918 schrieb sie im Gefängnis, daß sich ein „goldener Mittelweg“ in keiner Revolution aufrechterhalten ließe. Die ganze Macht gehöre ausschließlich in die Hände der Arbeiter- und Bauernmasse, in die Hände der Sowjets.<sup>85</sup>

Konstituante oder Sowjets, so hatte die Machtfrage in Rußland 1917 gelaute. Entweder Nationalversammlung oder Rätewacht, so ergab sie sich in Deutschland aus der objektiven Situation der Kämpfe zwischen Revolution und Konterrevolution. Ein Mittelding gab es nicht. „Die gesamte gesetzgebende, vollziehende, richterliche Gewalt muß daher ungekürzt und ausschließlich in den Händen der städtischen und ländlichen Arbeiter einschließlich des nur scheinbar selbständigen kleinen Mittelstandes und der proletarischen Soldaten liegen“, schrieb Karl Liebknecht am 28. November 1918. Sie allein könnten in direkter Aktion Macht gegen Macht die Zwingburg des Kapitals brechen. Bürgerlich-demokratisches Parlamenteln in einer Nationalversammlung sei dazu unfähig.<sup>86</sup> Die richtige Antwort auf das „Entweder – oder?“ hing von der Klarheit über die Aufgaben der Revolution und über die führende Rolle der Arbeiterklasse ab. Es mußte real eingeschätzt werden, was nach dem ersten Sturm in der Machtfrage erreicht worden war, und konkret herausgefunden werden, wie die Revolution weiter vorangehen sollte.

Als sich Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg unmittelbar nach ihrer Befreiung aus der Haft vor diese Aufgaben gestellt sahen, war für sie die Frage nach der Funktion der Räte, deren Voraussetzungen und deren Beziehungen zu anderen gesellschaftlichen Institutionen nicht neu, aber auch noch keineswegs von allen Zweifeln

83 Ebenda.

84 Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. I/2, S. 369.

85 Luxemburg, *Die russische Revolution*.

86 Liebknecht, *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. IX, S. 631.



befreit und geklärt. Beide waren seit Beginn ihrer Tätigkeit in der revolutionären Arbeiterbewegung damit vertraut, welche schwerwiegende Bedeutung Entscheidungen in der Machtfrage für den Ausgang des proletarischen Befreiungskampfes haben. Für beide war es daher selbstverständlich, daß es in der Novemberrevolution in erster Linie darauf ankommen mußte, den deutschen Imperialismus und Militarismus zu entmachten. Die Rätefrage nahm dabei eine Schlüsselstellung ein; denn über sie war die Machtfrage zu entscheiden. Und zugleich waren die Räte das internationale Bindeglied der revolutionären Arbeiterklasse. Rosa Luxemburgs Ausführungen zur Räteproblematik auf dem Gründungskongreß der KPD bewiesen, daß der proletarische Internationalismus ein ausschlaggebender Grundsatz für ihre Stellung zu den Räten war. Hier faßte sie zusammen, was die Konterrevolution besonders traf und den Haß gegen die Führer des Spartakusbundes schüren ließ: Die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten war die Forderung der Novemberrevolution, das proletarische Gepräge der Massenkämpfe äußerte sich in den Räten, alle Unzulänglichkeiten und alle spontane Bewegung eingerechnet.

Das Abc der Revolution wurde bei den Bolschewiki geholt, und damit war klar, daß die Revolution in Rußland die ersten Lösungen für die Weltrevolution gegeben hat. „Gerade darin haben wir das einigende internationale Band unseres Vorgehens, das ist das Stichwort, das unsere Revolution vollständig von allen früheren bürgerlichen Revolutionen scheidet... in welchem Lande auch nach Deutschland die proletarische Revolution zum Durchbruch kommt, ihre erste Geste wird die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten sein.“<sup>87</sup> Ganz in diesem internationalistischen Sinne war auch Karl Liebknechts Grußbotschaft an den VI. Allrussischen Sowjetkongreß gehalten, in der er am 6. November 1918 schrieb: „Das Rußland der Arbeiter und Bauern, das heute seinen ersten Geburtstag begeht, und das revolutionäre Deutschland, das in diesen Wochen geboren wird, sind in ihrem Schicksal untrennbar verbunden... Es lebe die Diktatur des internationalen Proletariats!“<sup>88</sup> Die Stellung zum Rußland der Arbeiter-, Bauern- und Soldatensowjets wurde fortan zum Prüfstein wahrhaften proletarischen Internationalismus und damit auch zum Kriterium der marxistischen Vorstellung vom Sozialismus.

Wichtige Erfahrungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Deutschland zu nutzen – und der Rätegedanke war eine solche Erfahrung – hieß für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, sie unter den konkreten Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland anzuwenden. Beide waren stets bemüht, die Besonderheiten, wie sie sich aus der Vergangenheit wie aus der konkreten Lage ergaben, zu berücksichtigen. Für die Durchsetzung des Rätegedankens in Deutschland sahen sie einige Gefahren und Schwierigkeiten, die gebannt und bewältigt werden mußten, sollte die Arbeiterklasse in den Räten und mit den Räten die Macht endgültig erringen und behaupten können. Rosa Luxemburg hatte erkannt: die Arbeiter mußten sich völlig bewußt sein, daß der imperialistische deutsche Staat dieser

87 Luxemburg, Politische Schriften, S. 393 f.

88 Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, S. 589 f.

„reaktionäre Staat der zivilisierten Welt, ... nicht in 24 Stunden zum revolutionären Volksstaat“ werden könne.<sup>89</sup> Klarheit müsse vor allem auch darüber herrschen, daß die alteingefahrenen Machtinstrumente der Bourgeoisie von der ideologischen Beherrschung der öffentlichen Meinung durch die Imperialisten gestützt werden. Die Hetze gegen die Rätebewegung und den Spartakusbund werde als System betrieben, für die die alten Mächte in der Demagogie wie im Terror durch vier Jahre Völkermord reichlich Übung besäßen.<sup>90</sup>

In Deutschland kämpfte die Konterrevolution nicht mit offenem Visier, sondern bediente sich in Gestalt der Ebert-Haase-Regierung eines sozialdemokratischen Schutzschildes. „Würden die Ebert-Haase ehrlich und offen Heydebrand-Gröber-Fuhrmann heißen – nicht einer unter den A.- und S.-Delegierten hätte ihnen zu folgen gewagt“, schrieb Rosa Luxemburg nach dem gegenrevolutionären Vorstoß auf den Rätekongreß im Dezember.<sup>91</sup> Schließlich gab es in Deutschland große parlamentarische Illusionen, so daß die konterrevolutionäre Losung von den Wahlen zur Nationalversammlung günstigen Nährboden fand.

In ihrem Artikel „Die ‚unreife‘ Masse“ setzte sich Rosa Luxemburg zum wiederholten Male mit der nationalistischen Überheblichkeit des „Vorwärts“, dem Organ der Regierungssozialisten, auseinander. Der „Vorwärts“ verunglimpfte und verneinte das Räteystem und suchte dessen Undurchführbarkeit zu begründen. „Das eine ist an alledem richtig“, schrieb Rosa Luxemburg. „Das deutsche Volk hat im Durchschnitt länger die Schule besucht, besser schreiben und besser Kopfrechnen gelernt als das russische. Es hat daneben... ebenfalls länger als das russische, Religionsunterricht und patriotischen Geschichtsunterricht genossen und ist dann in der Hochschule ‚politisch-parlamentarischer Schulung‘ bei der deutschen Sozialdemokratie in die Lehre gegangen. Diese Lehrmeisterin hat sie geheißt: den schamlosesten Raubkrieg der Welt für eine Verteidigung gegen einen ‚schmähhlichen Überfall‘ zu halten, die bedrohten Kassenschränke der Kapitalisten für ‚Haus und Hof‘, den Raub von Belgien und Nordfrankreich für ‚unsere gerechte Sache‘... Der ganze Sinn dieser Revolution ist das wilde Aufbäumen der Massen gegen diese Ergebnisse der ‚parlamentarischen und politischen Schulung‘, der Schule wie der Schulmeister, und schon ist der ‚Vorwärts‘ bei der Hand, sie von neuem in die Schule zu nehmen mit der ‚konstituierenden Nationalversammlung‘.“<sup>92</sup>

Die Spuren der Fesseln, die von den Opportunisten an die deutsche Arbeiterklasse gelegt und in den Tagen der Novemberrevolution nicht von ihr genommen worden waren, konnten nicht im Handumdrehen beseitigt werden. Sie zu beseitigen erforderte energischen Kampf gegen den Nationalismus und den Nur-Parlamentarismus der rechten Führer sowohl der Sozialdemokratischen als auch der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg führten

89 Luxemburg, Ich war, ich bin, ich werde sein!, Berlin 1958, S. 35.

90 Ebenda, S. 38 f., 67.

91 Ebenda, S. 77.

92 Ebenda, S. 52 f.

ihn entschieden auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus. Ihr Vertrauen galt ausschließlich den kämpfenden Massen, die in den Räten lernen mußten, Macht auszuüben.<sup>93</sup> „Nicht darum handelt es sich heute, ob Demokratie oder Diktatur“ schrieb Rosa Luxemburg am 20. Dezember 1918. „Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: bürgerliche Demokratie oder sozialistische Demokratie.“<sup>94</sup>

Die konsequente Haltung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts in der Machtfrage war verbunden mit der Auffassung des Sozialismus als revolutionär-proletarische Massenbewegung.<sup>95</sup> Der komplizierte Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution ließ bei ihnen den Entschluß reifen, eine neue, eine revolutionäre Kampfpartei zu gründen damit die Massenbewegung eine bewußte und entschlossene Führung erhielt.<sup>96</sup>

Am 29. November 1918 schrieb Rosa Luxemburg in der „Roten Fahne“, daß das deutsche Proletariat an seiner Spitze eine Partei brauche, die den historischen Aufgaben der Arbeiterklasse gewachsen sei, denn für eine Partei der Halbheit und Zweideutigkeit wie die USPD sei in der Revolution kein Platz.<sup>97</sup> Monate zuvor hatte sie in ihren Beobachtungen über die russische Revolution in Rußland notiert, das Schicksal des Sozialismus hinge nicht zuletzt von der Reife der Führer des Proletariats, von der Reife der sozialistischen Parteien ab.<sup>98</sup> Ebenso bestimmt hatte Karl Liebknecht 1918 im Zuchthaus vermerkt: „Wann die Gesellschaft für die sozialistische Ordnung reif ist, hängt nicht nur vom Grade ihrer wirtschaftlichen Entfaltung ab, sondern von ihrer gesamten sozialen Entwicklung im weitesten Sinne, vor allem auch von dem Grade, den das Bewußtsein, die Einsicht, der Wille, die Entschluß- und Aktionskraft des Proletariats erreicht hat, von der geistigen, moralischen, psychischen Stufe der arbeitenden Massen... Jenen psychischen Faktor zur Beschleunigung der Möglichkeit der sozialistischen Gesellschaft zu stärken, das ist die spezifische Aufgabe der sozialistischen Politik – ihre revolutionäre Aufgabe.“<sup>99</sup>

Welche bedeutende Rolle die führenden deutschen Linken der revolutionären Arbeiterpartei einräumten, geht auch daraus hervor, daß sie während aller drei Revolutionen in Rußland mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgten, wie die SDAPR unter Führung Lenins ihren Aufgaben gerecht wurde. Franz Mehring zum Beispiel verteidigte die Bolschewiki gegen die opportunistischen Anklagen und wertete die Oktoberrevolution 1917 in Analogie zur Pariser Kommune als den ungleich großartigeren Versuch der Bolschewiki, ein großes Reich nach sozialistischen Grund-

<sup>93</sup> Luxemburg, Politische Schriften, S. 411/412 f.

<sup>94</sup> Luxemburg, Ausgewählte Reden und Schriften, II. Bd., S. 606.

<sup>95</sup> Radczun, Nachwort zu Luxemburg, Politische Schriften, S. 448 ff., 466.

<sup>96</sup> Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, S. 163–181; Wohlgemuth, Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands 1914 bis 1918, S. 263–315.

<sup>97</sup> Luxemburg, Ich war, ich bin, ich werde sein, S. 47.

<sup>98</sup> Luxemburg, Die russische Revolution.

<sup>99</sup> Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, S. 489 f.

sätzen zu reorganisieren, mit denen er völlig übereinstimme.<sup>100</sup> In seinen Arbeiten „Die Bolschewiki und wir“, „Marx und die Bolschewiki“ sowie in seinem Offenen Schreiben an die Bolschewiki vom 3. Juni 1918 zollte er der Politik der Partei der Bolschewiki eine internationalistische Anerkennung und umriß ihre avantgardistische Rolle für den Sozialismus.<sup>101</sup> Im Grunde genommen identifizierten Franz Mehring, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die Oktoberrevolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats mit der konsequent-revolutionären Richtung der führenden Kampfpartei der Arbeiterklasse, mit den Bolschewiki. „Der ‚Bolschewismus‘“, schrieb Rosa Luxemburg, „ist das Stichwort für den praktischen revolutionären Sozialismus, für alle Bestrebungen der Arbeiterklasse zur Machteroberung geworden.“<sup>102</sup>

\*

An der Spitze der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung prägten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin sowie ihre Kampfgefährten durch ihr eigenes Leben und Wirken die Vorstellung von den kämpferischen Eigenschaften und der unerschöpflichen Vielseitigkeit der Sozialisten, die die geniale Voraussicht von Karl Marx über den revolutionären Schöpfungsakt einer neuen, der sozialistischen Gesellschaftsformation in der Menschheitsgeschichte zur Realität werden ließen. Wir leben in einer glücklichen Zeit, stellte W. I. Lenin bei der Enthüllung eines Denkmals für Marx und Engels ein Jahr nach der siegreichen Großen Sozialistischen Oktoberrevolution fest, „in der sich das, was die großen Sozialisten vorausgesagt haben, zu erfüllen beginnt. Wir alle sehen, wie in einer ganzen Reihe von Ländern die Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution des Proletariats aufsteigt.“<sup>103</sup>

Die gemeinsame Basis des proletarischen Klassenstandpunktes und seines Internationalismus, des Marxismus und seines Zieles, der Befreiung der Menschheit durch die Arbeiterklasse im Sozialismus, und die jüngsten Erfahrungen aus dem Kampf gegen den Imperialismus und Opportunismus waren es, die die bewußtesten, fortgeschrittensten Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung Ende 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) konstituieren und die revolutionären Vertreter der internationalen Arbeiterbewegung unter W. I. Lenins Führung ein knappes Vierteljahr später zur Kommunistischen Internationale vereinigen ließen.

Aus den Reden Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs auf dem Gründungsparteitag der KPD und aus dem Programm der neuen, revolutionären Kampfpartei der deutschen Arbeiterklasse ging hervor, daß sie die Revolution gelehrt hatte, daß man die Kraft der Massenbewegung des Proletariats für den Sozialismus nicht überschätzen darf, weil sie sich nicht spontan durchsetzt, weil sie sich der ständigen

<sup>100</sup> Mehring, Gesammelte Schriften, Bd. 15, 1966, S. 762.

<sup>101</sup> Ebenda, S. 761 ff.

<sup>102</sup> Luxemburg, Die russische Revolution.

<sup>103</sup> Vgl. Lenin, Werke, Bd. 28, S. 160 f.



Gefahr der bürgerlichen Spaltungsideologie erwehren muß und daher nur an Bewußtheit, taktischer Beweglichkeit und Zielsicherheit gewinnt, wenn sie von einer Vorhut geführt wird.

Wenn Rosa Luxemburg stolz hervorhob, daß sich die KPD unter Marx' Banner formiere und als Aufgabe des Proletariats betrachte, den Sozialismus zur Wahrheit und Tat zu machen und den Kapitalismus mit Stumpf und Stiel auszurotten<sup>104</sup>, dann verknüpften sich für sie viele Assoziationen aus der jahrzehntelangen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung. 1913 hatte sie bei einer Würdigung von Marx zusammengefaßt: „Endziel wie Tageskampf des Proletariats, Programm wie Taktik des Sozialismus sind durch Marx zum ersten Mal auf die eiserne Basis des Prinzips, der wissenschaftlichen Erkenntnis gestellt, der Gesamtbewegung der internationalen Arbeiterklasse dadurch die Festigkeit, Wucht und Stetigkeit verliehen worden, die sie zur gewaltigsten, beispiellosen Massenbewegung der Weltgeschichte machen.“<sup>105</sup> Alle diese Tatsachen führen die Behauptung ad absurdum, Rosa Luxemburg wäre in der Arbeiterbewegung eine „ewig Fremde“ gewesen, „die vielen Sozialismen angehörte und keinem“<sup>106</sup>. Eine solche These entspricht antikommunistischen Klassenpositionen mit dem Ziel, Rosa Luxemburg möglichst allen „ismen“ der Welt dienstbar zu machen, dem Nationalismus, dem Trotzismus, dem Revisionismus, dem Maoismus, dem „demokratischen“ Sozialismus<sup>107</sup> – nur einem nicht, den Rosa Luxemburg im wahrsten Sinne des Wortes mit prägen half, dem wissenschaftlichen Kommunismus, der, wie die welthistorische Praxis der Sowjetunion und aller sozialistischen Staaten beweist, allein in der Lage ist, die gesellschaftlichen Verhältnisse von Grund auf zu verändern.<sup>108</sup>

Durch die Schaffung der KPD an der Seite der russischen Revolution der kommunistischen Weltbewegung unter Marx' Banner auf dem Weg zum Sozialismus voranzuhelfen, war das erklärte Ziel der Begründer der KPD. In die programmatischen Vorstellungen der KPD flossen alle revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung und so auch Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs Vorstellungen vom Sozialismus ein. Das war die sichere Gewähr dafür, daß sich in der Deutschen Demokratischen Republik verwirklichen konnte, was Karl Liebknecht in seinem letzten Beitrag in der „Roten Fahne“ schrieb: „Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel. Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird – leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!“<sup>109</sup>

104 Luxemburg, Politische Schriften, S. 389.

105 R. Luxemburg, Karl Marx, in: Leipziger Volkszeitung, 14. 3. 1913.

106 Nettl, Rosa Luxemburg, S. 747.

107 Ebenda, S. 11–53.

108 Vgl. G. Radczun, Einige Bemerkungen zum Rosa-Luxemburg-Bild von John Peter Nettl, in: BzG, 1969, H. 1, S. 49–61.

109 Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, S. 679.

## Der Utrechter Frieden von 1474 zwischen der Hanse und England

In dem jahrhundertelangen Mit- und Gegeneinander der Hanse und Englands stellte der Utrechter Friede von 1474 eine wichtige Zäsur dar. Sein Inhalt und seine Bedeutung haben ebenso wie seine Vorgeschichte in der hansischen Geschichtsschreibung bis auf den heutigen Tag starke Beachtung gefunden. Die Beurteilungen, die dieses historische Ereignis in der bürgerlichen deutschen Hansehistoriographie erhielt, gründeten sich im Prinzip auf die Einschätzung des 15. Jh. als einer „Blütezeit der deutschen Hanse“ – eines Jahrhunderts, dessen Inhalt nach Daenell durch das „Ringens und... Siegerbleiben des Bundes über äußere Feinde und innere zersetzende Einflüsse geprägt“ worden wäre.<sup>1</sup> Daenell folgte damit der von D. Schäfer vorgezeichneten Linie, der zuvor über das 15. Jh. geschrieben hatte: „Das Jahrhundert ist alles in allem genommen doch das glücklichste gewesen, das die Hanse durchlebt hat. Von Niedergang kann nicht die Rede sein. Man behauptete den Platz, den man errungen hatte, die erste Stelle unter den seefahrenden, handeltreibenden Nationen Nordeuropas.“<sup>2</sup>

Kürzlich hat K. Fritze nachgewiesen, daß diese These vom 15. Jh. als hansischer Blütezeit durch die Untersuchungen F. Rörigs nach dem ersten Weltkrieg zwar in einigen wesentlichen Punkten eingeschränkt und modifiziert, im Grunde genommen aber weder von Rörig selbst noch von anderen bürgerlichen Historikern aufgegeben wurde.<sup>3</sup> Es wird dies nicht zuletzt in den Einschätzungen deutlich, die der Utrechter Friede in der bürgerlichen Hansehistoriographie bis zur Gegenwart gefunden hat. Dieser Friede war für Daenell „ein bedeutender Triumph“ der Hanse<sup>4</sup>; der Schäfer-Schüler F. Schulz erkannte ihm die Prädikate „vollständiger Sieg“ und „glänzender Erfolg“ zu<sup>5</sup>, und für W. Vogel bildete er gar einen „Triumph...“, den aktive hansische Machtpolitik errungen hatte<sup>6</sup>. Etwas vorsichtiger äußerte sich W. Stein, der zwar auch glaubte, auf das Wort „Triumph“ nicht verzichten zu können, dabei aber doch ausführlicher auf die außenpolitische Konstellation einging, die der Hanse erst die Durchsetzung ihrer Forderungen ermöglicht hatte.<sup>7</sup>

1 E. Daenell, Die Blütezeit der deutschen Hanse, Bd. II, Berlin 1906, S. 285.

2 D. Schäfer, Die deutsche Hanse, Bielefeld/Leipzig 1903, S. 86.

3 K. Fritze, Am Wendepunkt der Hanse. Untersuchungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte wendischer Hansestädte in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts, Berlin 1967, S. 12 ff.; ders., Die Bedeutung des Stralsunder Friedens von 1370, in: ZfG, 1971, H. 2.

4 Daenell, S. 131.

5 F. Schulz, Die Hanse und England von Eduards III. bis auf Heinrichs VIII. Zeit, Berlin 1911, S. 125.

6 W. Vogel, Geschichte der deutschen Seeschifffahrt, Bd. 1, Berlin 1915, S. 350.

7 W. Stein, Die Hanse und England. Ein hansisch-englischer Seekrieg im 15. Jahrhundert, in: Pflingstblätter des Hansischen Geschichtsvereins, Blatt I, Leipzig 1905, S. 46 ff.